Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilpringhaus, Berlin.
Sammelnummer: Amt Dönhoff 4126/4128

Anschrift für Zeitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Zossenerstraße 6
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Zeitung erscheint im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf durch besondere Bestellung gefertigt. Bestellung bedeutet 4 Zeilen vor dem Quartalsende, wenn nicht während vorhanden ist. Abbestellungen für halbe Zeile 10 Zeilen.

Berlin, den 7. Mai 1930

Inf. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Ein alter Skandal.

Die Grundstückskäufe der Stadt Berlin

SPD. Der Grundstücksdezernent der Stadt Berlin, der demokratische Stadtrat Katz, ist vom Oberpräsidenten aus seinem Urlaub nach Berlin zurückberufen worden. Es liegen gegen ihn sehr schwerwiegende Beschuldigungen vor, die in derselben Richtung liegen, wie die Anklagen gegen seinen Amtsvorgänger, den ehemals zur Wirtschaftspartei gehörigen Stadtrat Busch. Im Laufe der Untersuchung der Grundstückskäufe der Stadt Berlin ist Stadtrat Busch auf das schwerste belastet worden, so dass sich der Staatsanwalt auf das lebhafteste für ihn interessiert. Sein Nachfolger Katz soll mit ihm unter einer Decke gesteckt haben. Man beschuldigt ihn wie Busch in seiner amtlichen Stellung Provisionen für die Grundstückstransaktionen der Stadt bezogen zu haben. Es soll ferner gegen ihn der Verdacht einer falschen eidlichen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages vorliegen.

Bei den Anschuldigungen gegen Katz handelte es sich um denselben Komplex, in dessen Mittelpunkt der Stadtrat Busch steht. Die Aufklärung und Bereinigung dieses Skandals ist nur sehr schwer und sehr langsam in Gang gekommen. Ende des Jahres 1926 hat die Sozialdemokratische Rathausfraktion in Berlin darauf gedrängt, alle Unklarheiten über die Grundstücksverkäufe und alle Anschuldigungen gegen den Grundstücksdezernenten Stadtrat Busch aufzuklären. Sie hat sehr scharf ihr Misstrauen gegen Busch ausgesprochen und eine Disziplinaruntersuchung gefordert. Die Möglichkeit der Aufklärung und der Unterbindung weiterer Taten des Stadtrats Busch hätte damals bestanden, die bürgerlichen Parteien haben es jedoch nicht beliebt. Der Oberpräsident als Aufsichtsinstanz hat damals ein Disziplinarverfahren gegen Busch abgelehnt.

Die Stadt Berlin betrieb zu jener Zeit eine grosszügige Bodenvorratspolitik zum Zwecke der Siedlung. Sie wollte einer spekulativen wilden Bodenpolitik und einer masslosen Steigerung der Bodenpreise zuvorkommen. Es bestand in der fraglichen Zeit die Möglichkeit, eine Reihe von grossen Objekten zu erwerben und zwar zu Bedingungen, die im allgemeinen nicht ungünstig waren. Es handelte sich dabei um die Grossgüter Biesdorf, Neu-Cladow, Britz, Marienfelde, Staaken, Düppel-Dreilinden. Beim Ankauf des Rittergutes Düppel-Dreilinden, das dem ehemals preussischen Prinzen gehörte, zeigte sich besonders, welch unlautere Praktiken bei diesen Käufen geübt wurden.

Der städtische Grundstücksdezernent war der Stadtrat Busch, Mitglied der Wirtschaftspartei. Der Vertreter der schärfsten Konkurrenten gegen die kommunale Wirtschaft sass als Vertreter der Kommunalwirtschaft im ausschlaggebenden Ressort. Dank seiner Politik war es den Besitzern der in Betracht kommenden Objekte nicht möglich, direkt an die Stadt heranzukommen. Stadtrat Busch zeigte aktives Interesse erst dann, wenn sich Vermittler dazwischen geklemmt hatten. Plötzlich betrieb er dann die Käufe Hals über Kopf, er liebte es, den Magistrat ultimativ vor die Frage: Kauf oder Verzicht zu stellen. Die Stadtver-

ordnetenversammlung wurde bei der Vorbereitung der grossen, viele Millionen beanspruchenden Transaktionen vollständig ausgeschaltet. Diese Praxis wurde auch beim Ankauf des Gutes Düppel geübt. Die Stadt kaufte nicht direkt von dem preussischen Prinzen, es schob sich vielmehr ein gewisser Hiller dazwischen, der zwar selbst nichts hatte, trotzdem aber das Millionenobjekt ankaufte, um es dann der Stadt anzubieten. Am 1.Mai 1926 liess dieser Hiller sich das Gut Düppel zum Kauf zur Verfügung stellen. Am 1.Juli sollte er die vereinbarte Kaufsumme zahlen, am 15.Juli erhielt Hiller auf Betreiben von Busch von der Stadt einen Kredit in Höhe von 2 Mill. Mark! Stadtrat Busch hat dann das Gut Düppel von Hiller für die Stadt gekauft. Dieser Hiller, für den sich jetzt die Staatsanwaltschaft ebenfalls brennend interessiert, hat bei dieser Schiebung auf Kosten der städtischen Steuerzahler rund 2½ Millionen Mark verdient.

Er hat nicht allein verdient! Wie weit Stadtrat Busch - und auch Stadtrat Katz - sich in diesen Geschäften die Hände gewaschen hat, ist jetzt Gegenstand der Untersuchung des Staatsanwalts. Die rechte Hand von Busch war ein gewisser Günther, eine dunkle Existenz, mit dem Busch gemeinsam eine Firma mit dem schönen Namen Petrolea betrieb. Provisionen, Beschwichtigungssummen, angeblicher Spesenersatz, Wahlgelder für die Wirtschaftspartei - alles ging bei diesen Geschäften kunterbunt durcheinander und floss in die Tasche von Leuten, die zwar von Grundstücksgeschäften keine Ahnung haben, dafür aber über Beziehungen verfügten. Es ist bei diesen Grundstücksgeschäften von allerhand Leuten auf die unglaublichste Art und Weise Geld verdient worden. Dunkle Geschäftemacher, Strohmänner, bekannte Berliner Lebemänner, die im Berliner Nachtleben eine Rolle spielen, klemmten sich zwischen die Besitzer des Grund und Bodens und die Stadt. Unter dem Regime Busch war alles möglich. Die Absicht der Stadt, eine grosszügige Bodenvorratspolitik zu betreiben, hat die Parasiten der Wirtschaft in die freudigste Aufregung versetzt. Die grotesken Schiebungen, die dabei getätigt wurden, sind überaus lehrreich für die Beantwortung der Frage, wie die rein parasitären Schichten in einer Weltstadt wie in Berlin ihr Leben fristen und wie sie grosse Vermögen bilden. Die Quelle war letzten Endes der Berliner Steuerzahler, der Glücksgott mit dem Zauberstabe, der diese Existenzen begünstigte, der Stadtrat Busch.

Das alles wird jetzt mühsam geklärt, Fall für Fall, im Untersuchungsausschuss wie bei der Staatsanwaltschaft. Es ist ein grandioser Skandal, aber er erscheint nur neu. In Wahrheit ist es ein alter Skandal. Diese Praktiken sind von jeher die Praktiken der Bodenschieber und Bodenspekulanten gewesen. Sie gehören zum wahrsten Wesen der kapitalistischen Bodenwirtschaft. Heute erscheinen sie als Sensation, die Bevölkerung sieht sie voll Entrüstung. Aber wo blieb die Entrüstung, als schon Ende 1926 die Sozialdemokratische Rathausfraktion das Grundstücksdezernat der Stadt der Unehrlichkeit, der Unklarheit, des Spiels mit falschen Karten beschuldigte, als sie den Fall Busch - Hiller - Düppel in seinen Zusammenhängen in der Öffentlichkeit darlegte? Damals fanden ihre Angriffe gegen diese schamlose Vermittlung und Schieberwirtschaft keine Resonanz. Heute wirkt die Wiederholung dessen, was sie damals dargelegt hat, wie eine Sensation. Möge das ein Zeichen dafür sein, dass man heute in weitesten Kreisen der Bevölkerung das Treiben des privaten Schiebertums als unmoralisch empfindet, dass man das Spiel der privaten Wirtschaft und der Bereicherung Einzelner auf Kosten der Gesamtheit in weitesten Kreisen abzulehnen beginnt!

SPD. München, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die praktische Auswirkung der Bayernfahrt des Reichsernährungsministers Schiele besteht in der Durchführung einer sogenannten Käse-Aktion. Schiele hat einigen Milchverwertungsgenossenschaften in Bayern mehrere Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt, mit denen dieser Tage im oberbayerischen und im Allgäuer Produktionsgebiet grosse Mengen von Weichkäse aufgekauft wurden

die in norddeutschen Magazinen aufgestapelt wurden. Sie werden erst wieder auf den Markt geworfen (spätestens in einem Vierteljahr), wenn der durch die Aufkaufaktion hervorgerufene künstliche Mangel an Weichkäse die Preise erheblich in die Höhe geschraubt hat. Begründet wird dieser echt kapitalistische Raubzug auf die Kassen der kleinen Leute mit der Behauptung, dass der Markt gegenwärtig unter einer grossen Überproduktion an bayerischem Weichkäse leidet, wodurch die Preise so gedrückt seien, dass die Produktion völlig unrentabel geworden und die Existenz vieler Käsefabrikanten gefährdet sei.

SPD. Der z.Zt. noch auf Urlaub befindliche, aber wahrscheinlich schon demnächst wieder in sein früheres Amt zurückkehrende Staatssekretär für die besetzten Gebiete Schmid erklärte dieser Tage in der Jahreshauptversammlung der Deutschen Volkspartei von Gross-Essen, "dass nach den jüngsten Erfahrungen die grossen innerpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre nur ohne die Sozialdemokratie gelöst werden könnten." Ohne die Sozialdemokratie ist gleichbedeutend mit gegen die Sozialdemokratie. Und das aus dem Munde eines hohen Beamten der Regierung Brüning zu hören, ist charakteristisch für die Gesamteinstellung dieser Regierung und mitbestimmend für die scharfe Opposition der Sozialdemokratie gegen diese Regierung. Die Sozialdemokratie will regieren, will Mitverantwortung im Interesse der deutschen Arbeiterschaft tragen. Solange dieser Forderung nicht entsprochen und die Regierung Brüning verschwunden ist, kann der Kampf gegen sie nicht scharf genug geführt werden.

SPD. New Delhi, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Mittwoch ist in Indien verhältnismässig ruhig verlaufen. Die am Montag im Mittelpunkt des Spinnereibezirkes in Aufstellung gebrachten britischen Truppen sind inzwischen zurückgezogen worden. Die Spinnereien haben daraufhin ihre Arbeit wieder aufgenommen. In Ranaghat, 70 Kilometer von Kalkutta entfernt, wurden am Mittwoch bei einem Angriff auf eine Polizeistation einige Polizisten verletzt. Später kam es nach der Verhaftung einiger Anhänger Gandhis zu einem neuen Zusammenstoss zwischen Polizei und der Menge. 25 Personen wurden verhaftet. In Delhi herrschte am Mittwoch Ruhe. Kavallerie-, Infanterie- und Panzerauto-Patrouillen durchzogen die am Dienstag von Unruhen heimgesuchten Stadtteile.

Obwohl es ausserordentlich schwierig ist, sich über die Gesamtlage in Indien ein Bild zu machen, besteht Grund zu der Annahme, dass in der nächsten Zukunft nicht mehr die Übertretung der Salzgesetze, sondern der Boykott ausländischer Waren, inbesondere der Stoffe, den Schwerpunkt der Entwicklung bilden wird. Nach einer aus Bombay vorliegenden Meldung planen die Organisationen der indischen Kaufleute einen Gesamtboykott gegen alle britischen sowie alle indischen Firmen, die ausländische Waren importieren. Der ehemalige Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung, Patel, der unlängst aus Opposition gegen die Regierung freiwillig sein hohes Amt niederlegte, hat sich an die Spitze dieser Boykott-Bewegung gegen britische Waren gestellt und der Bewegung dadurch einen neuen moralischen Anstoss gegeben. Am Mittwoch war Patel in Bombay Gegenstand lebhafter Huldigungen. Tausende marschierten in einer Prozession vor seinem Wagen, der im Triumph durch die Strassen gezogen wurde. Es ging ein wahrer Blumenregen auf ihn nieder. Ausserordentlich gross war auch die Zahl der Frauen, die mit Geschenken an den Wagen des ehemaligen Präsidenten des Parlaments eilten. In einem Interview betonte Patel, dass er jetzt den Boykott ausländischer Waren, insbesondere aber britischer Waren, für den wichtigsten Teil des Feldzuges von Gandhi halte. Man ist in Bombay allgemein der Auffassung, dass die Regierung von Indien sich in den nächsten Tagen ver-

anlasst sehen wird, auch Patel verhaften und internieren zu lassen.

Die Erbitterung über das Vorgehen gegen Gandhi trat am Mittwoch in einer Sitzung sämtlicher repräsentativer indischer Organisationen Bombays in überaus heftiger Weise zutage. Es wurde eine Entschliessung gefasst, in der die indischen Handelskammern, deren Vertreter in der gesetzgebenden Versammlung Sitz und Stimme haben, aufgefordert werden, ihre Abgeordneten aus dem indischen Parlament und aus dem Stadtrat von Bombay zurückzuziehen.

SPD. In dem Breslauer Zentrumsblatt, der Schlesischen Volkszeitung vom Mittwoch-Morgen finden wir folgenden Berliner Bericht :

"Der preussische Ministerpräsident Braun wurde am Dienstag vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen, wobei die augenblicklich politisch etwas gespannte Lage zwischen Reich und Preussen zur Sprache kam. Bekanntlich hatte der Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Abegg, der dem Vorstand der Demokratischen Partei angehört, den Antrag gestellt, dass der der Demokratischen Partei gleichfalls angehörende Reichswirtschaftsminister Dietrich sofort aus dem Reichskabinett ausscheiden solle. Weiter hatte Ministerpräsident Braun am Montag noch bei den Beratungen des preussischen Haushaltsausschusses sehr kategorisch die vom Reich in Aussicht genommene Aufhebung des Verbots des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen abgelehnt.

Diese beiden Punkte wurden am Dienstag in der Reichskanzlei besprochen, mit dem Ergebnis, dass vom Ministerpräsidenten anerkannt wurde, dass künftighin eine engere Zusammenarbeit als bisher zwischen Reich und Preussen unbedingt erstrebt werden müsste. Reichskanzler Dr. Brüning machte jedenfalls keinen Hehl daraus, dass die Dinge so nicht weiterlaufen könnten und eine Zusammenarbeit im Interesse beider Teile unerlässlich sei."

Was das Zentrumsblatt hier an positiven Behauptungen über den Inhalt der Besprechungen aufstellt, ist frei erfunden. Es wurden im Verlauf der Erörterungen zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten weder die Haltung des Staatssekretärs Abegg im Vorstand der Demokratischen Partei noch das Stahlhelm-Verbot für Rheinland und Westfalen auch nur mit einem Wort gestreift. Der Bericht des schlesischen Zentrumsblattes, das doch besonderen Anlass hätte, der Wahrheit die Ehre zu geben oder zu schweigen, stellt deshalb eine bewusste Irreführung der schlesischen Öffentlichkeit dar.

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die beiden wilden Tiere, die seit einigen Tagen die Gegend um Agen unsicher machen, konnten noch nicht gefangen werden. Man weiss nicht einmal, ob es sich um Löwen oder Tiger handelt.

Am Mittwoch versuchte man die beiden Bestien in eine Falle zu locken. Als Lockspeise wurde ein junges Schaf an einen Baum gebunden, hinter dem zwei Jäger im Anschlag standen. Die Tiere erschienen auch auf einer Lichtung, witterten aber schon von ferne die Gefahr. Die überquerten schliesslich die Lichtung in grossen Sätzen und verschwanden bald wieder im Walde, ohne sich an die Beute gemacht zu haben. Ob es sich um Löwen oder Tiger handelt, konnten auch die beiden Jäger nicht feststellen.

SPD. Braunschweig, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Reichsinnenminister a.D. Severing wurde durch Beschluss des Senates der Technischen Hochschule Braunschweig zum Ehrendoktor ernannt. In der Ernennungsurkunde heisst es :

"Die Technische Hochschule Carolo Wilhelmina verleiht unter dem Rektorat des Professors Dr. ing. Terres auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Kulturwissenschaften nach Beschluss von Rektor und Senat durch diese Urkunde Herrn Reichsinnenminister a.D. Carl Severing in Berlin die Würde eines Dr. ing. e.h. in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die Förderung der deutschen Wissenschaften und Forschung."

SPD. Dieser Tage ist in Belgrad der ehemalige Vizebürgermeister der Hauptstadt Dr. Kosta Jovanovitsch gestorben. 1875 in Vranje geboren, war Jovanovitsch, der u.a. auch in Bonn Landwirtschaft studierte, gegen Ende des Jahrhunderts einer der eifrigsten jener Gruppe der akademischen Jugend Serbiens, der die sozialistische Überlieferung Swetosar Markowitsch wieder zu beleben und mit den Erkenntnissen des westeuropäischen Sozialismus zu befruchten begann. Wenn Jovanowitsch, ohne sich deshalb der Reaktion zu verschreiben, später zu den Jungradikalen abschwenkte, so gehört sein Name doch in eine Geschichte der Arbeiterbewegung auf dem Balken, da er unter den Gründern der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei in Serbien wie unter den Mitarbeitern der "Radnitschke Novine" (Arbeiterzeitung) an der Spitze marschierte.

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die französische Polizei verhaftete am Mittwoch die beiden Hauptbeteiligten an der Bildfälscheraffäre, Paul Cacot und Jean Charles Millet. Millet, der bereits vorbestraft ist und dem man nachweisen konnte, dass er auch ungedeckte Wechsel in Umlauf gebracht und verschiedene betrügerische Geschäfte begangen hatte, gab die Fälschungen zu. Cacot behauptete dagegen, allerdings Kopien berühmter Meister angefertigt und zu niedrigen Preisen verkauft, aber nicht die Absicht gehabt zu haben, die Bilder als echt auszugeben.

SPD. Das Reichskabinett hat auch am Mittwoch, bis in die Abendstunden hinein, über das Ostprogramm beraten. Wie es heisst, soll innerhalb der Regierung über die Grundzüge und Einzelheiten, selbst über die Finanzierung der Aktion eine Einigung erzielt worden sein. Es wäre danach also alles in Butter.

In Wirklichkeit liegen die Dinge wesentlich anders. Von einer Einigung darüber, welche Massnahmen das Ostprogramm bringen soll, kann keine Rede sein. Jedes Ressort hat beispielsweise ein Ostprogramm für sich ausgearbeitet, jedes Ressort will darin seine besonderen Interessen wahrnehmen und so herrscht das schlimmste Durcheinander, aus dem der Ausweg in den letzten Tagen immer schwieriger geworden ist. Man hat den begründeten Eindruck, dass die Dinge gegenwärtig zur Durchführung weniger reif und weniger weit gediehen sind als vor Ostern. Mit dem Bestreben des Reichsernährungsministers Schiele, die ganze Aktion auf die Subventionierung des Grossgrundbesitzes einzustellen, ist viel wertvolle Zeit verloren worden. Es zeigt sich überhaupt, dass dem Kabinett jede Führung fehlt. Ein Beweis dafür ist u.a. auch der Streit darum, bei wem die Durchführung des Ostprogramms liegen soll, beim Reichsinnenministerium oder beim Reichsernährungsminister. In dieser Beziehung ist man auf einen Gedanken verfallen, der sicherlich neu ist. Man hat im Kabinett angeregt, die Durchführung der Aktion in die Reichskanzlei zu verlegen, die bisher keine Exekutive

hatte. Besser kann der Mangel an Führung wohl kaum gekennzeichnet werden.

Die Schwierigkeiten werden durch die Forderungen der Interessenten und der Länder gesteigert und zwar ist es hier der Begriff Grenzland, der zu allem möglichen Unfug missbraucht wird. Jedes Land- wir verweisen auf Bayern! - behauptet, Grenzland zu sein und glaubt am Ostprogramm profitieren zu müssen. Wenn man die Interessenten hört, so ist das ganze deutsche Reich überhaupt nur noch Grenzland. Überall werden Verbindungen der Länder nach Ostelbien entdeckt und überall bemüht man sich, irgend eine "Ost"grenze zu finden. Wahrscheinlich wird der Begriff Grenzland noch zu harten Auseinandersetzungen im Reichsrat führen, sobald dort das Ostprogramm beraten wird.

Ungelöst sind in der Ostaktion auch noch die finanziellen Fragen. Die Telegraphenunion des Herrn Hugenberg setzt sich in kühnem Saltomortale über die Schwierigkeiten hinweg, indem sie für die Lösung auf den Anleihemarkt verweist. Man will hier u.a. über die Rentenbank-Kreditanstalt zu einer Emission kommen, die zumindesten 90 Millionen Mark erbringt. Der Vorschlag ist, wenn er wirklich im Kabinett erörtert worden ist und nicht nur ein Phantasieprodukt der Telegraphenunion darstellt, mehr als leichtfertig. Einmal werden die für das Ostprogramm zu verwendenden Summen in dem Masse in den blossen Konsum fliessen, wie sich die Schieleschen Ideen im Reichskabinett durchsetzen. Des anderen hat uns die Geschichte des Ausserordentlichen Etats während der letzten Jahre gezeigt, dass eine Anleihebewilligung noch lange nicht bares Geld bedeutet. Man sollte deshalb mit den Anleiheplänen äusserst vorsichtig umgehen. Andernfalls könnte man mit solchen Experimenten in eine bedenklichste Pump- und Schuldenwirtschaft schliddern.

Im übrigen sollen, nach der Telegraphenunion, die anscheinend von Herrn Schiele mehr optimistisch als richtig informiert wird, die Restbestände der Bank für Industrieobligationen und Mittel der Rentenbank-Kreditanstalt, weiter auch der Erlös aus dem Verkauf von Reichsgut in den besetzten Gebieten zur Deckung der Anforderungen aus dem Ostprogramm dienen. Angesichts dieser Behauptungen, so zweifelhaft sie uns auch klingen, muss darauf hingewiesen werden, dass man sich bei der Arbeitslosenversicherung weniger schnell über die Beschaffung von Mitteln schlüssig werden konnte. Als Kuriosum soll noch festgestellt werden dass man auch den Siedlungsfond des Reichsarbeitsministeriums für die Ostaktion heranziehen will. Das bedeutet die Verwendung von Mitteln, die für die Ansiedlung von Bauern im deutschen Osten und für den Schutz des deutschen Ostens gegen fremdländische Invasion bestimmt sind, zugunsten des bankrotten ostelbischen Grossgrundbesitzes. Deutsches Land wird geradezu für eine unnütze Subventionierung, für ein unnützes Experiment aufs Spiel gesetzt.

Klar ist man sich im Kabinett entgegen anders lautenden Meldungen auch nicht darüber, ob man ein Teilprogramm oder ein Gesamtprogramm beschliessen soll. Wahrscheinlich wird aus den Beratungen nur ein Teilprogramm herauskommen, das man jetzt, beschönigend, als Sofortprogramm bezeichnet. Für das Sofortprogramm setzt sich vor allem Dr. Moldenhauer ein, was angesichts der Finanzschwierigkeiten des Reiches nur allzu begreiflich ist.

Die Ostaktion hätte wirklich dem Osten Deutschlands Hilfe bringen können, wenn sie die landwirtschaftliche Rationalisierung endlich in Fluss gebracht hätte. Das Kabinett Brüning-Schiele verpasst aber wieder einmal eine Chance. Es verplempert Geld und verschärft die Krise.

SPD. Weimar, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Haushaltsausschuss des thüringischen Landtages hat am Mittwoch auf Antrag der Sozialdemokratie die jährliche Beihilfe für die Technische Nothilfe in Höhe von 2 000 Mark gestrichen. Die Vertreter der Regierungsparteien einschliesslich der Nationalsozialisten, enthielten sich der Stimme.

SPD. Der Preussische Landtag lehnte am Mittwoch den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags mit 260 gegen 98 Stimmen ab.

Der Antrag der bürgerlichen Fraktionen, von den Zuschüssen zur Staatsoper am Platz der Republik in Berlin 600 000 Mark zu streichen, wurde an den Hauptausschuss zurückverwiesen. Angenommen wurde der Antrag, mit der Berliner Volksbühne wegen der Krolloper in Verhandlungen einzutreten. Die kommunistischen Anträge, sämtliche Zuschüsse für die Staatstheater zu streichen, wurden abgelehnt. Auch der Antrag, die Anstellungssperre gegen dissidentische Lehrer aufzuheben und der Antrag, dass die uneheliche Mutterschaft der Lehrerin keinen Anlass zum disziplinarischen Einschreiten geben darf, wurde verworfen. Der Antrag des Zentrums, dem Verband für Freidenkertum die Körperschaftsrechte auf dem Wege der Gesetzgebung und nicht durch Verordnung zu geben, wie es bereits der Landtag beschlossen hatte, erhielt eine Mehrheit. Dafür stimmen die Rechtsparteien, Zentrum und Kommunisten, die schon früher gegen die Gewährung der Körperschaftsrechte an die Freidenker durch Verordnung gestimmt haben. Gegen den Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und die Demokraten.

SPD. München, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der 7.Mai war für das Deutsche Museum ein Festtag. Der üblichen Generalversammlung konnte ein besonders günstiger Bericht über das verflossene Geschäftsjahr vorgelegt werden. Gleichzeitig feierte man das Richtefest des für deutsche Verhältnisse in unglaublich kurzer Bauzeit emporgewachsenen Studiengebäudes und schliesslich galt es, den ungewöhnlich energiebegabten Schöpfer der Monumentalanlage des Museums, Oskar von Miller, zu seinem 75.Geburtstage zu ehren. Die Folge dieser dreifach gegliederten Ereignisse war, dass Gäste und Freunde des Museums aus dem ganzen Reiche in besonders grosser Zahl gekommen waren. Es waren u.a. erschienen Reichsinnenminister Dr. Wirth, sein Vorgänger Severing, und als Repräsentant des Reichstages Paul Löbe. Ausserdem sah man zahlreiche Repräsentanten der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik.

Der der Jahresversammlung vorgelegte Geschäftsbericht verzeichnet im abgelaufenen Jahr mit 621 565 Besuchern eine Rekordzahl. Das Erfreuliche ist, dass die Steigerung von 43 000 hauptsächlich auch Arbeiter, Angestellte und Schüler trifft, was die Leitung darauf zurückführt, dass die Eintrittspreise gerade für diese Kategorie von Besuchern stark verbilligt wurden. Die Zahl der ausländischen Besucher aus allen Staaten der Welt betrug rund 72 000. Die Bilanz ist mit 1 487 000 ausgeglichen. Unter den Einnahmen sind die grössten Posten wiederum die Zuschüsse des Reiches und des Landes Bayern mit je 230 000, der Zuschuss der Stadt München mit 300 000. An Eintrittsgelder wurden 270 000 Mark eingenommen. Die Hauptausgabe entfällt auf die Gehälter und Löhne mit Versicherung und Pensionen in Höhe von 610 000 Mark. Eine gesonderte Bilanz hat der in der Fertigstellung begriffene Studienbau mit 5,7 Millionen. Das Aktienvermögen des Museums beziffert sich auf rund 34 Millionen, wobei die vielfach kostbaren Museumsgegenstände selbst nur zum Materialwert eingesetzt sind und ihr historischer Wert ausser Ansatt gelassen ist.

Im Mittelpunkt des Festtages stand die Hebeweihfeier des Studiengebäudes, mit dessen Vollendung in zwei Jahren das Deutsche Museum erst seine endgültige Form und seinen vollen Inhalt bekommen hat. Der Materie der Sammlungen hat sich dann in der 1 Million Bücher umfassenden Bibliotzek und den Plansammlungen der Geist der Technik auch hinzugesellt. Zum Studiengebäude gehört auch ein Saalbau für Kongresse, der für die Abhaltung von Kongressen aller Art dienen und mit einem Fassungsvermögen von 2000 Sitzen und Tischen der schönste und grösste Kongressal Deutschlands sein wird. Der ganze Bau in Stahl und Beton hat eine Länge von 400 Metern und eine Breite von 100 Metern. Er ruht auf 25 Betonsäulen, die 11 Meter tief in die Erde getrieben werden mussten. In dem grossen Kongressaal fand am Nachmittag das Richtfest statt, das im we-

sentlichen eine Feier für die Arbeiter war, gegeben von Arbeitern, an ihrer Spitze der Sprech- und Bewegungschor der Freien Turnerschaft München.

Im Verlaufe der Festlichkeit war Oskar von Miller wiederholt Gegenstand neuer Ehrungen. Die Hauptauszeichnung hatte ihm der Reichspräsident durch den Innenminister überbrinben lassen: den Adlerschild der Republik als Dank des deutschen Volkes, dazu ein Glückwunschschreiben, in dem der Reichspräsident das Deutsche Museum als ein Werk der deutschen Gemeinschaft feiert. Das Land Bayern überreichte dem geistig und körperlich frischen Jubilar einen silbernen Becher. Die Stadt München verlieh ihm das Ehrenbürgerrecht.

SPD. Weimar, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion brachte im Thüringer Landtag folgende Entschliessung ein :

"Durch Verordnung vom 16.April d.J. hat der nationalsozialistische Volksbildungsminister Dr. Frick 5 Gebete zur Einführung in den Thüringer Schulen empfohlen. Alle Gebete tragen politisches Gepräge. Es sind Kriegsgebete, die fi die "befreiende Tat" im Sinne der nationalsozialistischen Partei Propaganda machen. Es sind Gebete gegen Völkerversöhnung, Völkerverständigung und Völkerfrieden. Es sind parteipolitische Hassgebete, die in verleumderischer und recht unchristlicher Weise dem republikanisch gesinnten und friedliebenden Teil der thüringer Bevölkerung Betrug und Verrat vorwerfen. Die Behauptung, dass Gottlosigkeit und Vaterlandsverrat das deutsche Volk vernichtet und zerrissen habe, ist eine politische Provokation schlimmster Art. Die amtliche Aufstellung solcher Behauptungen, die eine Beleidigung weiter Bevölkerungskreise darstellen und darum verletzend wirken müssen, ist ein offener Verstoss gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung, nach der in öffentlichen Schulen die Empfindungen anders Denkender nicht verletzt werden dürfen. Die Gebete sind ein Missbrauch der Religion und ein Missbrauch der Schule für parteipolitische Agitation. Die Regierung wird deshalb ersucht, die Gebetsverordnung vom 16.April aufzuheben."

In der Mittwoch-Sitzung des Haushaltausschusses des thüringischen Landtages fragte ein Vertreter der Sozialdemokratie den Thüringischen Innenminister, gegen welche "art- und volksfremden Kräfte" sich die von ihm angeordneten Schulgebete richten. Frick antwortete wörtlich: "Ich will ganz offen sein. Wir brauchen uns da nichts vorzumachen. Die Entsittlichung des deutschen Volkes geht aus von rassenfremden Elementen, nämlich von den Juden."

Der Interpellant der Sozialdemokratie stellte daraufhin sofort fest, dass diese Auslegungen der Freiheitsgebete niedrigste Judenhetze sei, die sich mit dem Geiste der Thüringer Gemeinschaftsschule und den Grundbestimmungen der Weimarer Verfassung nicht vereinbare.

SPD. Dallas (Texas), 7.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag und im Verlauf des Mittwoch haben furchtbare Wirbelstürme, die von Hagel und Regen begleitet waren, weite Gebiete von Texas und Oklahoma heimgesucht. Die Zahl der Toten wird amtlich auf 87 angegeben. Hunderte von Personen wurden verletzt. Tausende sind durch die Katastrophe obdachlos geworden. Der Sachschaden beziffert sich auf viele Millionen Dollar.

In der kleinen Stadt Frost, die 1000 Einwohner zählt, wurden allein 26 Personen getötet, und viele Häuser zerstört. Von einem Schulhaus wurde das ganze oberste Stockwerk hinweggefegt. Die Schulkinder, die angesichts der Katastrophe in einem unteren Stockwerk untergebracht wurden, entgingen wie durch ein Wunder dem Tote. In Nordheim fanden 29 Personen den Tod, 25 wurden schwer verletzt. Die getöteten und verletzten Personen sind hauptsächlich mexikani-

sche Landarbeiter. Auf Oklahoma wurden über 30 Häuser zerstört.

Die Regierung hat umfangreiche Hilfsmassnahmen angeordnet. Das Rote Kreuz entsandte am Mittwoch mehrere Sonderzüge mit Ärzten, Pflegepersonal und Lebensmitteln an die Stätte der Katastrophe.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett setzte am Mittwoch die Erörterung über das Osthilfegesetz fort. Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einigung, auf Grund deren die endgültigen Gesetzentwürfe von den Ressorts unter Führung des Reichsministeriums des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Reichskabinett wird alsdann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Beschluss fassen.

SPD. Paris, 7.Mai (Eig.Drahtb.)

Ein ausserst seltsamer Verkehrsunfall hat sich am Mittwoch früh in Paris am Place de la Concorde abgespielt. Ein überladenes Postlieferauto stiess gegen ein Lastfuhrwerk, das mehrere Tonnen Kunsteis transportierte und warf dieses um. Ein zweites Eisfuhrwerk, das wenige Meter hinter dem ersten folgte, wurde gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen. Die drei Wagen waren zu einem unentwirrbaren Trümmerhaufen verwickelt, in den zu allem Unglück noch ein Auto hineinfuhr. Die von dem Unglück betroffenen Personen kamen mit leichten Verletzungen davon. Die beiden Pferde des ersten Eiswagens, die durch die herbeigerufene Feuerwehr aus den Trümmern hervorgeholt werden mussten, erlitten schwere Verletzungen und wurden erschossen.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch bei der Beratung des Wehretats einen sozialdemokratischen Antrag an, der die Vorlage eines Berichts des Reichssparkommissars über die Durchprüfung des Heeres- und Marinehaushalts an den Reichstag verlangt. Der sozialdemokratische Antrag, den Geheimfonds des Reichswehrministers von 1 Million auf 500 000 Mark herabzusetzen, wurde abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Vorlage einer eingehenden Zusammenstellung der von den Militärbehörden im Jahre 1929 gezahlten Löhne, Zulagen usw. fordert, erhielt eine Mehrheit. Sozialdemokratische Streichungsanträge im Sinne von Ersparnissen bei den grossen bevorstehenden Herbstübungen wurden abgelehnt.

Im Verlauf der Beratungen wiesen die Vertreter der Sozialdemokratie nach, dass die Offiziere gegenüber den Mannschaften bei der Verwendung von Unterstützungsmitteln ausserordentlich bevorzugt werden. Das veranlasste den Reichswehrminister zu der Erklärung, dass er die Unterstützungen künftig persönlich kontrollieren werde. Auf die Hinweise sozialdemokratischer Abgeordneter über Soldatenquälereien und die Konkurrenz der Militärkapellen erwiderte der Reichswehrminister, dass er in jedem einzelnen Falle von Misshandlungen, die ihm zur Kenntnis kämen, rücksichtslos durchgreife. Leider urteilten die Zivilgerichte häufig milder als er es wünsche. Die Gerichte sollten nach seiner Meinung gegen Misshandlungen scharf urteilen. Das Reichswehrministerium könne, wenn eine Soldatenmisshandlung zu milde verurteilt werde, nichts anderes tun als Berufung einlegen, um eine strengere Bestrafung zu erreichen. Inbezug auf die Misstände im militärischen Musikwesen wurde eine Nachprüfung der gegenwärtigen Zustände zugesichert. Das Reichswehrministerium hofft, mit dem Deutschen Musiker-Verband zu einer Verständigung zu gelangen.

Veranlasst durch sozialdemokratische Kritik wies der Reichswehrminister schliesslich noch nach, dass die Selbstmorde in der Reichswehr immer mehr nachlassen.

England und Gandhi.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

SPD. London, den 7. Mai (Eig.Bericht)

Die Stellung Englands zu den Ereignissen, die sich gegenwärtig in Jndien abspielen, beweist, wie sehr das menschliche Denken und Bewusstsein von seinen Jnteressen bestimmt ist. Während die öffentliche Meinung Grossbritanniens seit den Zeiten des liberalen Radikalismus traditionell sich aufbäumt, wenn irgendwo die Freiheit geknechtet, eine Minderheit vergewaltigt wird, bleibt die Nation als ganze gesprochen gegenüber der Stimme des unterdrückten Jndien stumm.

Es ist nicht Heuchelei, nicht der viel missbrauchte englische "cant", wenn England heute nicht sieht, was Gandhis Feldzug bedeutet. Es ist die Unfähigkeit, gegen die eigenen ökonomischen, geographischen und politischen Grundlagen zu denken. Während die ganze Welt wie gebannt nach dem Gefängnis starrt, in dem Mahatma Gandhi, der indische Freiheitsführer und Heilige, sitzt, während die ganze Welt hinter der Unrast in Nordindien nach einem tieferen Sinn sucht, sieht England, als Ganzes gesprochen, eine Revolte, wie viele andere, der man mit der altbewährten Methode des Zuckerbrots und der Peitsche, das ist mit der altbewährten Kombination aus Gewalt und Nachgiebigkeit, beikommen werde. Kein Mensch in England zweifelt, dass die Bewegung binnen kurzem wieder zusammenbrechen wird.

Jn diesem Rahmen gibt es selbstverständlich eine hundertfältige Abstufung der Auffassungen. Die konservativen Die-Hards, die äusserste englische Rechte, die niemals das Recht Jndiens auf Selbstregierung anerkannt haben, rufen zynisch nach der starken Hand. Für sie ist Gandhi nichts als ein Charlatan, ein verschlagener Regisseur der Aufruhr, ein Mann, der den Mantel der Heiligkeit als eine passende Verkleidung trägt. Für sie war die Regierung all die Monate lang zu tolerant, zu schlapp. Die blutigen Vorgänge in Peschawar, in Tschittagong, in Kalkutta sind für sie kein Menetekel. Sie machen die Schwäche der Regierung dafür verantwortlich. Die konservative Mitte Englands ist zurückhaltender, sie will der Regierung keine Schwierigkeiten machen, sie hat in der Person des indischen Vizekönigs Lord Jrwin (eines früheren konservativen Abgeordneten) einen Vertrauensmann an massgebender Stelle. Auch sie ist für Unterdrückung, aber sie ist nicht für eisenfresserische Methoden. Sie ist zu englisch, um die Gewalt als solche zu verkünden oder zu bejahen. Jndien hat, nach ihrer Auffassung, ein theoretisches Recht auf Selbstregierung. Aber die Verwirklichung liegt in unendlicher Ferne. Jndien ist nicht reif. Die Nationalen sind eine kleine Minorität. Die gegenwärtigen Unruhen sind nichts als das Produkt von Propaganda und Aufwieglung. Jndien braucht eine starke Hand, der ganz nahe und ferne Osten braucht eine starke Hand. Alles andere ist verhängnisvoll, nicht nur für England, sondern auch für die Völker Jndiens selbst. Von dieser Auffassung führt eine schmale Brücke zum Liberalismus. Hier wird das Recht auf Selbstregierung des indischen Volkes bejaht, der Dominion-Status für Jndien als das notwendige Ziel der Entwicklung der nächsten Jahre und Jahrzehnte betrachtet. Aber der alte englische Radikalismus ist tot. Die liberale Partei ist längst imperialistisch geworden. Man bedauert die Ereignisse, man bedauert die Notwendigkeit, die zu Gandhis Arrest geführt hat. Man ist einerseits gegen die Gewaltanwendung, betrachtet sie aber andererseits für unvermeidlich. Man hofft, dass sich Jndien beruhigen wird, bis man in der Lage ist, dem indischen Volk die Reformvorschläge der Simon-Kommission zu unterbreiten.

Und die Labour-Party, die Labour-Regierung? Grundsätzlich gesprochen steht die Arbeiterpartei auf dem Standpunkt, dass die indischen Nationen ein Recht auf Selbstregierung und Selbstbestimmung besitzen. Aber dies Recht findet schon im Parteiprogramm der Labour Party eine Deutung, die sie einschränkt. Es heisst da: "Einbeziehung Jndiens in das britische Commonwealth auf gleicher Basis mit den sich selbst regierenden Dominien". Nicht volle Unabhängigkeit für Jndien also, sondern seine Eingliederung ins Reich als gleichberechtigter Partner, wie Australien, Canada, Jrland ist das Ziel der Labour-Politik gegenüber Jndien.

Dies Recht auf Selbstbestimmung Jndiens (im Rahmen des Empire) hat die Labour Party in zahllosen Beschlüssen und Parlamentsdebatten anerkannt und immer und immer wieder ihre Stimmen gegen eine Unterdrückungspolitik erhoben; sie hat ihren politischen Gegnern jahrzehntelang die Gefahren vor Augen geführt die aus einer Verschleppung der indischen Forderungen drohen. Aber die Labour Party hat bei aller tiefen Reverenz vor der uralten indischen Kultur- niemals ihre Zweifel über die politische Reife der indischen Nationen verhehlt und in Gemeinschaft mit den anderen politischen Parteien ihrer Meinung dahin Ausdruck verliehen, dass eine überstürzte Gewährung voller Selbstregierung nichts als das Signal zum Ausbruch gigantischer innerer Wirren bilden würde.

Der Unterschied zwischen der Jndienpolitik Labours und der übrigen Parteien besteht also weniger im Grundsätzlichen als in einer verschiedenartigen Beurteilung des Tempos der Entwicklung und daher in einer Empfehlung anderer Methoden. Jm Gegensatz zum Konservativismus betrachtete und betrachtet die Arbeiterpartei die Vorwegnahme eines Teiles des indischen Forderungen, ehe sie Explosivkraft erlangt haben, als das einzig richtige staatsmännische Verhalten.

Die Arbeiterregierung war fest entschlossen, diese ihre Auffassungen in die Praxis umzusetzen. Sie wollte den Simon-Bericht abwarten und gestützt auf die Empfehlungen der Kommission den indischen Freiheitswünschen einen guten Schritt entgegenkommen. Da verkündete Gandhi den bürgerlichen Ungehorsam und entfesselte damit die Gewalten, die heute das ganze nördliche Jndien erschüttern. Trotz ihrer tiefen und ehrlichen Sympathie für die Freiheitswünsche des indischen Volkes ist die Arbeiterregierung gezwungen, den Bruch des Gesetzes durch Gandhi und seine Anhänger mit der ganzen Schwere des Gesetzes zu beantworten. Trotz Labours Abneigung gegen die Gewalt ist die Regierung genötigt, Gewalt gegen Gewalt zu stellen. Sie kann nicht anders, obwohl sie weiss, dass eine weitere Vergiftung der indisch-englischen Beziehungen und eine weitere Erschwerung der geplanten englisch-indischen Verhandlungen am runden Tisch die notwendigen Folgen sein werden. So sind die Vorgänge, die sich heute in Nordindien abspielen, für die Arbeiterregierung eine ungeheure Tragödie - aber sie sind für sie auch unausweichbar und unvermeidlich wie das Schicksal in der antiken Tragödie. Das Blut in Jndien wird im Namen einer Regierung vergossen, deren Führung die Arbeiterpartei besitzt - aber sie ist an dem Blut unschuldig. Jn ihrem Namen werden die Freiheitskämpfer Jndiens in die Kerker geworfen, aber sie ist entschlossen, Jndien die Freiheit im Reich zu bringen.

Die geschichtlichen Kräfte haben Mahatma Gandhi und Ramsay MacDonald zu Gegnern gemacht, wiewohl jeder der Beiden sich treu geblieben ist. Dieselben Kräfte werden die britische Arbeiterpartei und das indische Volk wieder versöhnen. Was heute geschieht, ist nur eine Etappe im Ringen zwischen Jndien und England.

SPD. Haag, 7. Mai (Eig.Drahtb.)

Als Protest gegen die Verhaftung von Gandhi waren am Dienstag an der ganzen Ostküste von Sumatra alle britisch-indischen Geschäfte geschlossen. Jn dem grossen Hindu-Tempel Medan fand eine religiöse Protestkundgebung statt.

SPD.Frankfurt a.M.,7.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Zustand des sozialdemokratischen Abgeordneten des Preussischen Landtags Markwald und seiner Ehefrau hat sich im Laufe des Mittwoch etwas gebessert. Es besteht jedoch nach wie vor Lebensgefahr.

Moskau im Orient.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Haifa, im Mai (Eig.Bericht)

Es kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass es Moskau gelungen ist, zur Propaganda unter der arabischen Arbeiterschaft einen weit verzweigten und gut arbeitenden Apparat innerhalb einer kurzen Zeit aufzuziehen. Über seine Konstruktion liegen zwar nur vage Angaben und Vermutungen vor, aber aus seinen Wirkungen ist sein Bestehen trotz aller offiziösen Dementis ein Faktum, mit dem alle an der Politik des Mittleren Ostens interessierten Stellen ernsthaft werden rechnen müssen. Das Gewebe der bolschewistischen Propaganda im Orient ist so verzweigt und verfeinert, dass die Zerstörung einer Masche für die Weiterexistenz der unterirdischen Organisation nicht das Geringste bedeutet. Dagegen mehren sich die Symptome, dass die Wirkungen dieser zäh und systematisch geführten Wühlarbeit auf das arabische Landproletariat nicht ausbleiben.

Die Propaganda ist mit grossem psychologischen Feingefühl auf die politisch und kulturell völlig ahnungslosen Fellachen eingestellt und sie ist im Begriff, eine Atmosphäre dauernder Gereiztheit unter ihnen zu schaffen, die sich einmal um so gefährlicher auswirken wird, weil alle europäischen Kolonialmächte - obwohl sich der Hauptstoss der Attacke gegen England richtet, werden doch Frankreich, Holland und selbst Italien davon betroffen - der Offensive nichts anderes entgegenzusetzen vermögen als Gewaltmittel und Polizeischikanen à la Metternich. An einer konstruktiven Politik zur Hebung des geistigen und wirtschaftlichen status der ländlichen Massen, wie sie England in Indien zu versuchen beginnt, fehlt es im Mittleren Osten vollkommen. Bei dieser schiefen Einstellung fördern die Beteiligten, die dabei mit Leichtigkeit in der Lage wären, die negative Politik der Russen durch eine solche positiven Aufbaus matt zu setzen, durch Unverständnis, falsche Mittel und Verkennung des Wesentlichen die destruktiven Tendenzen noch stärker als es jede Agitation zu tun vermag.

In den letzten Tagen hat in Jerusalem ein Prozess gegen drei arabische Bauern stattgefunden, die unter der Anklage standen, in den Dörfern der Umgebung von Jerusalem revolutionäre Flugschriften verteilt zu haben und Mitglieder einer Geheimorganisation zu sein. Die Verhandlungen haben interessante Schlaglichter auf das Getriebe der politischen Unterwelt geworfen, die mit Palästina als Zentrum sich auf den ganzen Vordern Orient auszudehnen beginnt. Bei der Beweisaufnahme stellte sich heraus, dass zwei von ihnen, palästinensische Durchschnittsfellachen, auf einem Spezialkursus in Moskau für ihre Tätigkeit vorbereitet worden sind und, aller Wahrscheinlichkeit nach, da sie keine andere Beschäftigung nachweisen konnten, auch von russischem Gelde lebten. Sie versammelten die Bauern der Dörfer nach alter Sitte am Abend in der Moschee oder um das Feuer und stärkten ihre moralische Autorität durch die Behauptung, dass sie Abgesandte der Regierung seien. Um die Aufmerksamkeit der Behörden abzulenken liessen sie die Verteilung der Flugblätter durch Kinder vornehmen, die sie genau über ihr Verhalten und vor allem darüber orientierten, was sie im Falle einer Verhaftung über die Herkunft dieser Literatur zu sagen hatten.

Mit dem Bedürfnis nach Ausbreitung des kommunistischen Ideals hat die gegenwärtige Praxis der Russen nicht mehr das Geringste zu tun. Der Gedanke der Befreiung aller Menschen durch die Weltrevolution ist in die Niederungen des gewöhnlichen Machtgeschäfts herabgesunken. Der Unterschied in der Führung des Kampfes zwischen Russland und seinen Gegnern liegt nur noch in der Form und nicht mehr im Geist. Vielleicht mag das Verhalten Moskaus durch die Furcht um die Existenz der Sowjetrepublik und das Bemühen entschuldbar sein, den britischen Löwen durch dauernde Flankenstiche vom Sprunge gegen Russland abzuhalten. Auf alle Fälle sind die hierzu angewandten Mittel zweideutig und gefährlich. Im Endeffekt löschen sie nämlich nicht die schwelende Flamme

des Brandherdes im Mittleren Osten sondern fachen sie nur weiter an.

Es wird deshalb hohe Zeit, dass die europäische Arbeiterbewegung mit Einschluss der englischen daran denkt, sich die Lage in Vorderasien unter einem Gesichtspunkt klar zu machen, der ihr die Möglichkeit gibt, allerspätestens fünf Minuten vor Beginn einer Katastrophe etwas zu deren Verhinderung zu tun und nicht mit verschränkten Armen die Dinge untätig an sich herankommen zu lassen.

Geistige Revolution in Thüringen.

Von August Siemsen.

SPD. Im Reichstag haben die Nationalsozialisten gegen das Kabinett Brüning gestimmt, in Thüringen sitzen sie mit den gleichen Parteien, die dieses Kabinett stützen, in der Regierung. Sie betonen zwar hin und wieder, dass sie sich von der Auffassung dieser Parteien stark unterscheiden und machen sich in ihrer Presse sogar über deren spiessbürgerlichen Charakter lustig, sie halten aber dennoch ein gemeinsames Regieren für angebracht, um eine "geistige Revolution" in Thüringen durchzuführen, die dieses "Herz Deutschlands" zu einer "Festung nationalen Widerstandswillens" macht, die ein "Einfallstor in das Reich" werden soll.

Diese geistige Revolution ist die Hauptaufgabe, die Herr Frick in seiner Eigenschaft als Volksbildungsminister lösen soll. In Ergänzung der hemmungslosen und mit scheinbar unerschöpflichen Geldmitteln arbeitenden Agitation, mit der die nationalsozialistischen Redner Thüringen in der auch anderswo sattsam bekannten Weise überschwemmen, will Herr Frick durch gesetzliche Massnahmen die Schulen erobern und die Pflege von Bildung und Kunst im nationalsozialistischen Sinne "revolutionieren". Bruchstückweise ist manches davon der breiteren politischen Öffentlichkeit in Deutschland bekannt geworden. Hier soll das Wesen dieser eigenartigen geistigen Revolution kurz aufgezeigt werden.

Wenn Thüringen auf dem Gebiet des Schulabbaus an der Spitze der deutschen Länder marschiert, so gilt von Thüringen auch in höherem Masse als von allen anderen Ländern, was der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins auf der grossen Lehrerprotestversammlung in Berlin feststellte, dass der Schulabbau nicht nur aus Sparrücksichten erfolge, sondern zugleich der Schulreaktion diene. Das zeigt sich nicht nur in der Zerstörung der Reste der thüringischen Einheitsschule und der Wiederherstellung des Klassencharakters der höheren Schule, sondern neben der Benachteiligung der Volksschule vor allem in dem brutalen Abbau der Berufsschule, mit der Thüringen an der Spitze der deutschen Länder marschierte. Weil diese Schule von Sozialisten geschaffen ist, weil sie - lebensnah - ihren Schülern über die engere Berufsausbildung das Verständnis für die heutige wirtschaftliche, gesellschaftliche staatliche Wirklichkeit zu erschliessen sucht, weil sie die Anerkennung der Gewerkschaften gefunden hat, deshalb erscheint sie Herrn Frick als "marxistisch". Und da er den Marxisten den Kampf bis zum knock-out angesagt hat, gilt sein Hass der Berufsschule. Er revolutioniert sie geistig durch einen Abbau bis zur Leistungsunfähigkeit, bei dem besonders bezeichnend ist, dass der Unterricht in Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatskunde wegfallen soll.

Die Jugend darf in den Schulen eben nicht zum Verständnis der Wirklichkeit erzogen werden, in der sie leben und arbeiten soll. Sie soll nicht zum selbständigen, kritischen Denken an der Betrachtung dieser Wirklichkeit erzogen werden. Dann würde sie für die "geistige Revolution" im Sinne der Nazis kein brauchbares Objekt abgeben. Denn diese "Revolution" bedeutet ja nichts anderes als autoritäre Beeinflussung in der Richtung des nationalen und Rassenhasses, der unbedingten Unterordnung unter den Führer, des militärischen Gehorsams und

des Kriegswillens. Von hier aus ist das Vorgehen gegen Remarques Buch "Im Westen nichts Neues" zu verstehen, da die Kenntnis einer solchen wahrheitstreuen Schilderung des Weltkrieges, wie sie dieses Buch gibt, immun machen würde gegen die verlogene Kriegslegende und Kriegshetze, die die Nazis betreiben.

In den Volksschulen Thüringens dient der lebenskundliche Unterricht, der gesetzlich, wenn auch nicht tatsächlich dem Religionsunterricht gleich gestellt ist, der Erziehung der Kinder zum Verständnis der gesellschaftlichen Umwelt und der Entwicklung, die zu ihr geführt hat. Die von der letzten Bürgerblockregierung genehmigten Richtlinien für den lebenskundlichen Unterricht gründen sich auf die materialistische Geschichtsauffassung und tragen streng wissenschaftlich-soziologischen Charakter. Es findet sich in ihnen nicht ein Wort, das religiöse Gefühle verletzen könnte. Um so bezeichnender ist es, dass ausgerechnet die Deutsche Volkspartei Herrn Frick das Stichwort gibt zum Vorgehen gegen die Lebenskunde. Nachdem dieser bereits im Landtagsausschuss seiner Abneigung gegen die Lebenskunde Ausdruck gegeben hatte, ist inzwischen von der Volkspartei im Landtag eine "Kleine Anfrage" eingebracht worden, die sich gegen den lebenskundlichen Unterricht wendet. Sie behauptet, dass dieser Unterricht, da er sozialdemokratischen Anschauungen gerecht werde, mit seinem parteipolitischen Charakter die Neutralität der thüringischen Gemeinschaftsschule gefährde. Die Regierung wird deshalb aufgefordert :

1. Die Frage des lebenskundlichen Unterrichts nach Verfassungsmässigkeit, äusserer und innerer Organisation, Lehrplan usw. erneut zu prüfen und
2. alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass dieser Unterricht in den Dienst sozialdemokratischer oder kommunistischer Parteipolitik gestellt wird.

Diese Anfrage ist ein Gipfel der Heuchelei, um so mehr als Herr Frick kürzlich im Landtagsausschuss erklärt hat, dass die Schule in Thüringen christlichnationalen Charakter tragen müsse. Dadurch wurde offiziell bestätigt, dass es in Thüringen keine neutrale Gemeinschaftsschule, sondern eine nicht einmal mehr verkappte Konfessionsschule gibt. Der lebenskundliche Unterricht ist bestenfalls ein kleines Gegengewicht gegen die "christlich"-nationale Beeinflussung der Arbeiterkinder. Deshalb muss er so umgestaltet werden, dass er der "geistigen Revolutionierung" d.h. einer einseitig reaktionären Beeinflussung der Arbeiterkinder nicht mehr hinderlich ist. Wenn sich darin Volkspartei und Nazis einig sind, so versteht man, weshalb trotz der Provokationen, die er sich gelegentlich gegen die Volkspartei erlaubt, Herr Frick mit Billigung der Volkspartei seine Versuche zur Nationalsozialisierung der Schule fortsetzen darf. Gegen die Öffnung der Schulen für rechtsradikale Jugendvereine, gegen die Teilnahme der Schüler an einer Hetzkundgebung gegen die Annahme des Youngplanes hat die Volkspartei nichts einzuwenden, um so mehr gegen die Lebenskunde, da den Arbeiterkindern eben nicht Kunde des Lebens, Kenntnis der Wirklichkeit durch die Schule vermittelt werden soll, sondern ein nach den Bedürfnissen der herrschenden kapitalistischen Klasse und der Kirche gefärbtes, autoritäres Bild der Wirklichkeit. Hier finden sich Nazis und Volkspartei.

Es entspricht der ganzen Grundeinstellung der Nazis, die unselbständige, autoritätsgläubige Menschen als geeignete Objekte ihrer Diktatur brauchen, dass Herr Frick die staatlichen Mittel für die Erwachsenenbildung gestrichen hat bis auf die Unterstützung der beiden in Thüringen vorhandenen rechtsradikalen Heimvolkshochschulen. Dabei war die neutrale "Volkshochschule Thüringen" weit über die Grenzen des Landes wegen ihrer Arbeit anerkannt; aber sie hat den Fehler, nicht ausgesprochen antimarxistisch, nicht ausgesprochen rechts gerichtet zu sein, obwohl ihre "Neutralität" von uns Sozialisten oftmals kritisiert worden ist.

Wie in der Schule so will Herr Frick auch im Kunstleben Thüringens, soweit sein Einfluss reicht, den internationalen, jüdischen und marxistischen Geist austreiben. Schon vor der Aera Frick hat sich die Bürgerblockregierung unsterblich blamiert, indem sie das auf dem Gebiete moderner Zweckgestaltung

bahnbrechende Bauhaus vertrieb, das seinen Sitz nach dem kulturfreundlicheren Dessau verlegen musste. Herr Frick hat nun, um den "orientalischen" Kunstbestrebungen in Weimar vollends den Garaus zu machen, seinen Gesinnungsfreund Schultze aus Naumburg nach Weimar berufen. Dieser hat sich mit einem Vortrag eingeführt, in dem er in der Art Wilhelms des Letzten die moderne Kunst, die unser Leben, unsere Probleme, unsere Nöte wirklichkeitsernst gestaltet, als undeutsche, entartete Rinnsteinkunst hinstellte. Diese entartete Kunst will Herr Schultze durch das rassische Prinzip überwinden. Aber auch bei noch so entschiedener Flucht in die Romantik deutschen Mittelalters -, schon "romantisch" ist ein Fremdwort - die "deutsche" Gotik, mit der Schultze-Naumburg uns Menschen des 20.Jahrhunderts wohl beglücken will, kam bekanntlich von Frankreich nach Deutschland. Von Herder, Goethe und Schiller zu Frick, Schultz, Adolf Bartels und Dinter -- armes Weimar!

Die letzte revolutionäre Kulturkundgebung des Herrn Frick will Thüringen vom Negerjoch befreien, von der schwarzen Schmach der Jazzmusik und der von den verächtlichen Niggern beeinflussten modernen Tänze. Ob statt dessen altdeutsche Reigen in von Schultze-Naumburg entworfenen Reformgewändern oder der Wigalaweia-Tanz der Wagnerschen Rheintöchter von Frick eingeführt werden, steht noch dahin. Allerdings sind die Rheintöchter bei Wagner nicht mehr bekleidet als Josefine Baker, immerhin echt deutsche Mägdelein und nicht entartete Negerweiber; aber auch mit der Sittlichkeit der mittelalterlichen Tänze war es nach unbestreitbar deutschen, nicht von Juden, Negern oder Marxisten beeinflussten Zeugnissen nicht weit her..

Ja, die geistige Revolution der völkischen Helden ist nicht so einfach. Vorläufig hat die "geistige Revolution" des Herrn Frick Thüringen weniger zu einem Mittelpunkt nationalen Widerstandes als zu einem Mittelpunkt der Lächerlichkeit gemacht. Ein wenig versöhnt das mit der Tatsache, dass sich, gestützt vom Bürgertum, Weimar und Thüringen zu einer Stätte deutscher Kulturschande entwickeln. Nur schade, dass in Deutschland Lächerlichkeit nicht töten kann.

Turtscheto.

Ein Bericht aus der mazedonischen Unterwelt.

SPD. Sofia, im Mai (Eig.Bericht)

In der mazedonischen Unterwelt Sofias war Turtscheto ein sehr gefürchteter Bursche. Niemand bändelte gern mit diesem verwegenen Komitadschi an, denn er galt als ambulantes Waffenarsenal. Immer trug er die Hände tief vergraben in den Taschen. Auch in den heissesten Sommermonaten. Drüben in Serbisch- und Griechisch-Mazedonien, wo Turtscheto zwei Jahre als Revolutionär in den Bergen hauste, haben seine Kugeln manchem Gendarmen und Verfolger das Lebenslicht ausgeblasen. Als dann im Juni 1928 der Mazedonierführer General Protogerow auf Befehl des Terroristen Jwan Michailow in den Strassen Sofias "umgelegt" wurde und die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den mazedonischen Revolutionären verschiedener Richtungen begannen, verlegte Turtscheto sein "Tätigkeitsfeld" in die bulgarische Hauptstadt. Bei einer Razzia in mazedonischen Lokalen griff ihn kürzlich die Polizei in Sofia auf und schob ihn als "nicht zuständig" nach der Provinz ab.

Turtscheto hielt es aber im einsamen Internierungslager nicht lange aus, denn ein Komitadschi von echtem Schrot und Korn braucht Abenteuer und Pulverduft, auch wenn er sich in der bulgarischen Etappe aufhält. Am orthodoxen Karsamstag kniff Turtscheto aus und fuhr nach Sofia, um dort mit seinem Freunde Eftim Mitow "in Freiheit" nach Komitadschiart Ostern zu feiern.....

Es ist Mitternacht. Von allen Türmen der hauptstädtischen Kirchen herab läuten die Auferstehungsglocken. Die Strassen sind schwarz bevölkert. Die gläu-

bigen Sofioter strömen aus den Gotteshäusern, brennende Kerzen in den Händen. Überall feierliche Osterstimmung. "Christus ist erstanden", - "In Wahrheit, er ist erstanden" begrüssen sich die Bürger.

-Tack-tack-tack---Tack,tacka-tack. Scharfe Schüsse hallen durch die friedliche Nacht wider. Auf dem breiten Boulevard Maria-Luise sieht man zwei flüchtende Burschen, auf ihren Fersen mehrere Schutzleute. Tack-tack-tack: Ein Schutzmann stürzt aufschreiend zu Boden. "Makedonzi", Mazedonier, durchläuft es die dichten Scharen der Passanten, die in wilder Panik in die Nebenstrassen flüchten. Im Nu ist gähnende Leere auf dem Boulevard. Einige beherzte Männer schliessen sich den Polizisten an. Tack-tack-tack-, einer der Verfolgten erhält einen Beinschuss, fällt hin und wird überwältigt. Der andere taucht in der Menge unter und entkommt.

Der Verhaftete ist kein anderer als Turtscheto. Er hatte seine Auferstehungsfeier in eine Weinkneipe verlegt, wo er dem edlen Rebensafte nach der Fastenzeit im Internierungslager über Gebühr zugesprochen hatte. Wirkung und Folgen blieben nicht aus. Bald war mit einem anderen Mazedonier ein Streit vom Zaune gebrochen, in dem nach "revolutionärer" Manier Revolver und Pistolen das letzte Wort und Argument waren. Wild um sich schiessend verliessen Turtscheto und sein Freund Mitow das Lokal, stürzten auf die Strasse und knallten hier auf die sich ihnen entgegenstellenden Schutzleute.

Der verhaftete Turtscheto wurde in ein beschlagnahmtes Auto geschafft und abtransportiert. Als der Wagen um eine nahe Strassenecke biegt, ertönt ein dumpfes Krachen aus ihm. Was ist geschehen? Eine dichte Pulverwolke quillt aus den zersplitterten Fenstern des stark beschädigten Wagens. Neues Entsetzen, neue Panik. O, diese Makedonzi! - Aus den Trümmern heraus kriechen die Insassen mit pulvergeschwärzten, blutigen Gesichtern. Sie haben Glück gehabt. Die Handbombe, die Turtscheto in der alkoholischen Wut über seine Festnahme aus der Tasche gezogen und auf den Boden des Autos geworfen hatte, war nur von geringer Wirkung. Am meisten hatte die Karosserie Schaden genommen. Die Insassen, zwei Schutzleute und Turtscheto waren mit kleinen Schrammen davon gekommen.

Laut Polizeibericht wurde bei Turtscheto ein ganzes Waffenarsenal gefunden. Ein Revolver, zwei Pistolen mit 12 gefüllten Patronenmagazinen, ein Leibgurt mit 60 Patronen, zwei Handbomben, ein Dolch, ein Fläschchen mit Gift und ein grosses Taschenmesser. In einer anderen Tasche hat man angeblich eine stark abgegriffene Kinderfibel gefunden. Turtscheto ist Analphabet und soll seit einige Wochen dabei gewesen sein, lesen und schreiben zu lernen.

Turtscheto, der jetzt 28 Jahre alt ist, hat nach dem Polizeibericht ein abenteuerliches Leben hinter sich. Sein Vater, der türkischer Gendarm in Mazedonien war, fiel im Kampfe mit einer Räuberbande und liess den kleinen Hassan Mechmed, erst siebenjährig, als Vollwaise zurück. Eine bulgarische orthodoxe Familie nahm sich des Hassan an und liess ihn auf den Namen Alexander taufen. Doch Alexander wurde immer nur "Turtscheto", der kleine Türke, gerufen. Nach dem Weltkriege wanderte er nach Belgrad, wo er in einem Weinlager arbeitete. Sein Abenteurertrieb liess ihn dann in der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation landen, als deren Mitglied er sich mehrere Jahre in Serbien und Griechenland herumschlug. Schliesslich machte der Imroführer Protogerow den verwegenen Gesellen zu seinem Leibwächter. Protogerow fiel schliesslich durch Bruderhand. Sein physischer Mörder war der Komitadschi Djusdanow, dem Turtscheto blutige Rache schwor. Als Djusdanow eines Abends bei einem mazedonischen Freunde, einem Bäcker in Sofia, zu Besuch war, öffnete sich die Türe. Mehrere Pistolenläufe schoben sich herein und leisteten saubere mazedonische Arbeit:Der Mörder Protogerows war tot. Zu Tode getroffen waren auch der unbeteiligte Bäkker und dessen Tochter.

Turtscheto im Verein mit seinen Freunden Dontschew und Saraiski hatten sich und ihren toten Führer gerächt. Die bulgarische Polizei kannte die Mörder, doch sie schwieg. Dafür arbeitete die mazedonische Feme. Dontschew wurde in der südbulgarischen Stadt Swilengrad "erledigt" und Saraiski in einem Sofioter Kaffeehaus niedergeknallt. Wann wird Turtscheto an die Reihe kommen? Kein Zweifel, dass auch er daran glauben muss, sobald er das Gefängnis verlassen hat.

Aus aller Welt

Abschied von einem Biermagnaten.

Ein Stimmungsbild zum Thema Prohibition.

SPD. Ein Riesenkind des grossen amerikanisch=nationalen Experiements, ein Bootlegger=König und Bierbaron im wahrsten Sinne des Wortes, zieht sich in das "wohlverdiente" und mit Rosen gepflasterte Privatleben zurück. Was geschieht?

Ein angesehenes Mitglied des Bundeskongresses bringt sein tiefgefühltes Bedauern zum Ausdruck, eine Anzahl nationaler Politiker schliesst sich den allgemeinen Ergebenheitsversicherungen an, und ein Bürgermeister nimmt mit einer Legion von staatlichen und städtischen Beamten an einem Festessen teil, das zu Ehren des grossen Mannes in einem der führenden New=Yorker Hotels gegeben wird. Unter den Bankettgästen sieht man führende Politiker, Polizeichefs und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von Nord Jersey, dem Gebiete, das jahrelang der segensreichen, wenn auch illegalen Tätigkeit des Mannes, den sie so gross feiern, ausgesetzt war. Alle Parteischranken sind eingerissen, Republikaner sitzen neben Demokraten, blicken sich in feuchtfröhlicher Stimmung liebreich in die Augen und lassen ab und zu die Hand sorgfältig über die reichlich gefüllte Hüftflasche streichen. Das fürstliche Bankett dauert vom Sonnabend bis Montag vormittag. Alkohol ist so reichlich vorhanden, dass die trunkfesten Gäste trotz aller Anstrengung nicht mit den offen herumstehenden Mengen fertig werden können. Als das Fest an seinem Höhepunkt angelangt ist, richtet sich der Alkoholmagnat, zu einer Ansprache aufgefordert, in seiner ganzen Grösse hoch auf und erklärt, zuweilen von einem allzustarken Alkoholrülpser unterbrochen, den respektvoll zuhörenden Gästen: "Ich bin ein Alkoholschmuggler, kein Redner." Die Gäste sind aufrichti enttäuscht und verschaffen ihrer Unzufriedenheit über die mangelnden Rednergaben des Gefeierten lärmenden Ausdruck. Worauf sich auf einen Wink des Allmächtigen ein ehemaliger hoher Bundeskommissar von seinem Stuhle erhebt und auf den zufrieden im Sessel zurückgelehnten Bierkönig ein Loblied anstimmt. Die allgemeine Begeisterung reisst den Redner mit sich fort. Er bezeichnet den Geehrten als einen Pionier unserer modernen Tage, setzt aber gewichtig hinzu, dass "dieser Mann der Regierung und der Nation gegenüber immer ehrlich und anständig gehandelt hat". Noch vor zehn Jahren war der so gefeierte Biermagnat, dessen wohlbekannter Name nichts zur Sache tut, ein Maurer, der sich mehr schlecht als recht durchs amerikanische Leben schlug. Heute - - heute besitzt er ein Vermögen von 6 Millionen Dollar, ausserdem einen fürstlichen Palast und vier herrliche Automobile.

Das alles klingt wie ein gigantisch aufgezogener Witz. Aber nein - das Festessen, die Gäste, die Reden, alles das ist ernsthaft, echt und würdevoll gemacht. Die Angelegenheit hat für die Anwesenden durchaus nicht den Beigeschmack der Groteske. Sie sind eben schon so verlogen, dass sie es garnicht merken, wie verlogen sie sind. In ihren Augen ist der Biermagnat durchaus kein Gesetzesbrecher, und kein Mann, der, wie es das amerikanische Gesetz ja eigentlich vorschreibt, auf Jahrzehnte hinaus ins Zuchthaus gehört. Nein, was der Magnaten Leuten bedeutet, ist ganz einfach Organisation, Business, Kapital, also alles das, was in Amerika am höchsten gilt. Das Bankett und die Ehrungen sind als die Verneinung der weniger erfolgreichen vor der Macht zu deuten, die ihnen in dem einzelnen Biermagnaten und Alkoholschmuggler würdig verkörpert zu sein scheint. Die gigantische Fenstlichkeit des Bierbarons ist der groteske Tribut der amerikanischen Politiker und der amerikanischen Gesellschaft an eine grosse Landes=

industrie, eine nationale Institution und einen ihrer Führer. Das ist die Prohibition in Amerika.....

+ + +

Sklarek auf Kautionssuche. Willy Sklareks Haftentlassung stösst insofern auf Schwierigkeiten, als er die verlangten 50 000 Mark Kaution bisher nicht aufbringen konnte. In Begleitung eines Kriminalbeamten suchte Sklarek am Mittwoch eine Reihe von ehemaligen Freunden auf, um sich die Summe zu leihen. Da die Geldsuche vergeblich war, musste er ins Untersuchungsgefängnis zurückkehren. Am Donnerstag wird das Gericht über die Haftbeschwerden von Max und Leo Sklarek entscheiden.

+ + +

Rethberg=Skandal in Dresden. Ein unglaublicher Skandal spielte sich in Dresden nach Beendigung eines vor ausverkauftem, beifallstobendem Hause gegebenen Liederabend der berühmten Sopranistin Elisabeth Rethberg ab, die seit Jahren an der Metropolitan=Oper in New York engagiert ist, aber alljährlich aus Dankbarkeit gegen die Stadt, in der sie ihre in kurzer Zeit nach oben führende Laufbahn begann, in Dresden, ein Konzert gibt. Unmittelbar nach Beendigung ihres Liederabends erschien am Dienstag ein Gerichtsvollzieher mit einem persönlichen Arrest für die Sängerin. Die Forderung lautete auf sofortige Deponierung von 82 000 Mark, bei deren Nichtzahlung ein gleichfalls vorgewiesener Haftbefehl vollstreckt werden sollte. Die Ursache bildete eine in ihrer Gültigkeit von Elisabeth Rethberg bestrittene Provisionsforderung einer internationalen Konzerbetriebsgesellschaft m.b.H. Franz Aufrecht in Berlin, einem ziemlich dunklen Agenturunternehmen, das seine letzten Büroräume unter Hinterlassung beträchtlicher Miets= und Telefonschulden räumen musste, kleine Konzession besitzt und vor dem der "Verband der konzertierenden Künstler" warnt. Die Forderung der Firma Aufrecht an Fräulein Rethberg stammt aus dem Jahre 1925. Im Zwang der nächtlichen Stunde wurde unter dem Beistand verschiedener prominenter Persönlichkeiten vergeblich versucht, die grosse Summe aufzutreiben. Es war deshalb erst am Mittwoch morgen möglich, die Aufhebung des Haftbefehls gegen die an Mandelentzündung leidende Sängerin auf Grund eines gerichtsärztlichen Attestes, das die Haftunfähigkeit der Künstlerin bestätigte, zu erreichen. "Wegen Fluchtverdachtes" hatte der Rechtsvertreter der Gläubigerfirma Fräulein Rethberg nicht einmal gestattet, die Nacht in dem nahen Hotel Bellevue zu verbringen.

+ + +

Verhafteter Millionenbetrüger. In Lübeck wurde ein mit 7½ Jahren Zuchthaus vorbestrafter Kaufmann Hermann Bruhn unter der Anschuldigung des versuchten Betruges und der Wechselfälschung verhaftet. Bruhn, der sich in Lübeck als angeblicher Gutsbesitzer niederlassen wollte, hat für nicht weniger als 20 Millionen Mark gefälschte Depotwechsel in Verkehr gegeben, die in Lübeck und Hamburg beschlagnahmt werden konnten. Banken scheinen nicht geschädigt worden zu sein. Die Leidtragenden sind verschiedene Getreidefirmen, die sich in Erwartung ihnen zufliessender Kredite verdisponiert haben.

+ + +

Organisierte Eintreibung. Eine Kommission des Vorstandes der Berliner Anwaltkammer und des Berliner Anwaltvereins hat ein Projekt zur Schaffung eines Zentralbüros für das gesamte Berliner Zwangsvollstreckungswesen ausgearbeitet, über das in einer Versammlung der Berliner Anwaltschaft am 26. Mai positiv entschieden werden soll. In diesem Zentralbüro soll jeweils festgestellt werden, ob ein Vorgehen gegen die einzelnen Schuldner überhaupt von Erfolg begleitet sein kann oder ob eine Pfändung fruchtlos sein wird. Bei vielen Berliner Firmen hat sich in den letzten Jahren, die von der Anwaltschaft bedauerte Sitte herausgebildet, ihre Zwangsvollstreckungssachen nicht mehr durch Anwälte, sondern durch Angestellte ihrer Büros erledigen zu lassen. Dem auf genossenschaftlicher Basis zu bildenden Zentralbüro der Anwälte soll die=

sem hauptsächlich die Aufgabe zufallen, der Anwaltschaft wieder möglichst alle Zwangsvollstreckungssachen zuzuführen.

+ + +

Unwetter über Berlin. Ueber Berlin ist am Mittwoch nachmittag ein ausserordentlich heftiges Gewitter niedergegangen. Wolkenbruchartiger Regen überschwemmte binnen weniger Minuten die Strassen und legte fast den ganzen Verkehr lahm. Die Feuerwehr befand sich zum Teil in höchster Alarmstufe. Einige Züge waren stundenlang mit dem Auspumpen überfluteter Kellerwohnungen beschäftigt. Grossen Schaden richtete die Unwetterkatastrophe insbesondere in den Gärten und Laubenkolonien der Arbeiter an. Ein grosser Teil der Obstblüte wurde vernichtet

+ + +

Vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Obermarbach (Bayern) schlug der Blit in drei Bauernhöfe und eine Mühle ein; die Anwesen brannten nieder. Drei Radfahrer, die die Feuersbrunst von weitem sahen und zu Hilfe eilen wollten, wurden von einem weiteren Blitz getroffen. Zwei der Radfahrer wurden tödlich getroffen Der dritte ist lebensgefährlich verletzt worden. In einem Nachbardorf kam ein Motorradfahrer auf dieselbe Weise ums Leben.

+ + +

Doppelmord in Pressburg. Ein 24jähriger Aufseher der Finanzwache in Pressburg erschoss seine beiden Geliebten im Alter von 19 und 23 Jahren. Der Mörder wurde verhaftet.

+ + +

Richterinnen in der Türkei. Dieser Tage sind in der Türkei zum ersten Male zwei Frauen in das Richteramt eingeführt worden. Die türkische Presse weist darauf hin, dass Deutschland und die Türkei zurzeit die beiden einzigen Staaten sind, in denen das Richteramt auch von Frauen ausgeübt wird.

+ + +

Tod durch Morcheln. Die vor ihrer Entbindung stehende Frau eines Tischlermeisters in Schloppe bei Kolberg ass eine Portion nicht mehr ganz frischer Morcheln. Kurze Zeit darauf wurde die junge und erst seit einem Jahr verheiratete Frau von einem toten Kinde entbunden, dessen Körper offensichtlich Vergiftungsmerkmale aufwies. Später starb auch die junge Mutter.

In Chemnitz-Hilbersdorf erkrankten durch den Genuss einer Speise, die versehentlich statt mit Petersilie mit Wasserschierling zubereitet worden war, fünf Personen an Vergiftungserscheinungen.

+ + +

50 000 Mark unterschlagen. Der im Finanzamt Stettin-Randow beschäftigte Obersteuersekretär Max Lindemann wurde wegen Unterschlagung von 50 000 Mark verhaftet. Ein Parallelfall, der inzwischen mit Gefängnis geahndet worden ist, ereignete sich vor kurzem beim Finanzamt Stettin-Süd.

+ + +

Freitodversuch eines Gemeindevorsteher. Der Gemeindevorsteher Albrecht aus Schöneiche, Kreis Niederbarnim bei Potsdam hat am Strand von Swinemünde einen Selbstmordversuch unternommen. Er schoss sich eine Kugel in den Kopf, ohne sich jedoch tödlich zu verletzen. Er wurde völlig erblindet in ein Krankenhaus gebracht. Gleichzeitig wird gemeldet, dass der Gemeinderendant von Schöneiche, Walter Steffen, flüchtig ist. Wahrscheinlich haben sich die beiden Beamten Unregelmässigkeiten zuschulden kommen lassen. Das Landratsamt Niederbarnim hat bereits vor einigen Tagen die Vertretung des Gemeindevorstehers Albrecht, der seit 20 Jahren im Dienst der Gemeinde Schöneiche tätig ist, angeordnet.

Gewerkschaftliche Rundschau

Verfolgungswahn.

SPD. In Preussen herrscht der "Parteiismus" - stöhnt die Rechtspresse und das Gestöhn findet auch in dem demokratischen Organ ein Echo. Kolonnenweise - so flüsterts geheimnisvoll - treten die Beamten zur Sozialdemokratie über, weil sie nur so noch Aussicht haben, Karriere zu machen. Und die Angestellten? Wenn irgendwo bei den Behörden ein Angestellter abgebaut wird, dann entscheidet rücksichtslos die Parteizugehörigkeit, d.h. die Mitglieder der bürgerlichen Gewerkschaften müssen dran glauben, während die der freien Gewerkschaften geschont werden. Danach wären wir also bereits mitten im roten Zukunftsstaat, der allem Anschein nach über Nacht, ohne dass es die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften selbst recht gemerkt haben, in Preussen etabliert worden ist.

Allen Leuten es recht zu machen, ist eine schwere Kunst. Schliessen sich die Beamten nicht der Sozialdemokratie an, dann heisst es, die Partei habe keine Anziehungskraft mehr und sie verfüge nicht über Kräfte, die den Regierungs- und Verwaltungsapparat kennen. Schliessen sich die Beamten der Sozialdemokratie an, dann ist das auch nicht recht; dann sind alle diese Neuankömmlinge nur elende Kreaturen, die der Karriere halber den Weg zur Partei gefunden haben; dann ist die Sozialdemokratie ein brutaler Tyrann, der die armen Beamten zwing sich anzuschliessen, weil sie sonst nicht mehr vorwärts kommen.

Dass es heute, mehr als zehn Jahre nach dem Umsturz, auch einige Beamte geben kann, die infolge des wundervollen politischen Anschauungsunterrichts, den ihnen der Zank im deutschnationalen oder im demokratischen Lager gibt, den Weg zur Sozialdemokratie finden, kommt den Leuten, die über den "Parteiismus" in Preussen stöhnen, nicht in den Sinn. Sie verfallen auch nicht auf den Gedanken, dass früher vielleicht, nicht rot, wohl aber schwarz-weiss-rot abgestempelte und mehr gesinnungstüchtige als tüchtige Leute bei preussischen Behörden untergebracht worden sind, und dass infolgedessen naturgemäss bei einem unvermeidlichen Abbau die Zahl der Rechtsstehenden grösser ausfallen muss. So geht zur Zeit durch die Rechtspresse wieder einmal das Gejammer, dass beim preussischen statistischen Landesamt bedeutend mehr Mitglieder der christlich-nationalen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften abgebaut worden seien, als Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten. Dabei ist im Beamtenausschuss des preussischen Landtages bei der Beratung eines Antrages der Deutschen Volkspartei, der sich mit dem Abbau im statistischen Landesamt beschäftigte, sogar von dem Zentrumsabgeordneten Baumhoff betont worden, dass das Landesamt eine Stahlhelmbude gewesen sei. Grossreinemachen wäre also am Platz gewesen. Trotzdem ist bis jetzt noch nicht der Nachweis geführt worden, dass bei den Abbaumassnahmen parteiisch verfahren worden ist. Umgekehrt = bei den Einstellungen scheint parteiisch verfahren worden zu sein; denn der Regierungsvertreter stellte bei den Verhandlungen im Beamtenausschuss fest, dass Bewerbungen an den Präsidenten des Statistischen Landesamts für die Einstellung oft den Vermerk trugen, dass die Bewerber Mitglied des Stahlhelms seien. Bei den Entlassungen ist vorschriftsmässig gehandelt worden. Trotz verschiedener Einsprüche gelang nirgends der Nachweis, dass beim Abbau einseitig politische Gründe massgebend gewesen waren.

Im Augenblick sind vor dem Berliner Arbeitsgericht einige Klagen von Ab-

gebauten anhängig. Die Rechtsparteien sollten zunächst einmal den Verlauf und den Ausgang dieser Klagen abwarten. Die Behauptung des Politisch - gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes, aus den Verhandlungen beim Berliner Arbeitsgericht sei hervorgegangen, dass das preussisch - statistische Landesamt bei dem Personalabbau nach politischen Gesichtspunkten verfahren habe, eilt den Ereignissen etwas weit voraus. Warum so früh jubeln?

SPD. Wie schnell kommunistische Komödianten und Maulhelden vor den Schwierigkeiten praktischer Gewerkschaftsarbeit kapitulieren, hat die "Vereinigung der Reichs- und Staatsangestellten und -arbeiter" überzeugend gezeigt. Die Vereinigung war vor einem halben Jahr im Bereich des preussischen Justitministeriums von einer kleinen Gruppe Unzufriedener, denen das Beitragszahlen schon längst ein Greuel war, gegründet worden. Sie berief einige Versammlungen ein und versprach der Kollegenschaft, unverzüglich eine Lohn- und Gehaltsbewegung einzuleiten, die mit Erfolg durchgeführt werde. Die Vereinigung, so hiess es in ihrem von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale zusammengeschusterten Organ "Einheit", sei kein Gewerkschaftsersatz, sondern eine Kampfgemeinschaft aller Staatsangestellten und -arbeiter ohne Rücksicht darauf, ob organisiert oder nicht. "Morgen früh", kommandierte der Aufruf der Vereinigung, "hält jeder 10 Pfennig bereit, um unser neues Organ, die "Einheit", zu erwerben. Alles Nähere ist darin enthalten. Jeder muss es gelesen haben."

Nun sind seit jenem Morgenfrüh bereits Monate ins Land gezogen und noch immer merkt man nichts von der Wirksamkeit dieser Vereinigung der Unorganisierten. Ihr einziger positiver Erfolg besteht in der Durchbrechung der Front der freien Gewerkschaften bei den Hauptbetriebsratswahlen im Bereich des preussischen Justizministeriums. Wie überall, so war auch hier der Effekt der kommunistischen Gewerkschaftsaktion eine Schädigung der Arbeitnehmer. Schade um jeden Groschen, den die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den kommunistischen politischen Hochstaplern gegeben haben. Während diese mit grossen Worten um sich warfen, haben die Gewerkschaften gearbeitet. Schon jetzt steht fest, dass der Reichs- und der preussische Manteltarifvertrag nach ihrem neuen Abschluss gegenüber dem bisherigen Zustand soziale Verbesserungen aufweisen werden.

SPD. Eisleben, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Von der Mansfeld A.G. ist, nachdem alle Verhandlungen über Lohnkürzung zur Vermeidung der Stillegung keine gütliche Einigung herbeigeführt haben, nunmehr der zuständige Schlichter angerufen worden. Er wird wahrscheinlich bereits für Donnerstag die Parteien laden.

SPD. Luxemburg, 7. Mai)Eig. Drahtb.)

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzte Vierländerkommission die eine straffere Organisierung der Arbeiter im Industriegebiet Saar-Lothringen-Luxemburg in die Wege leiten soll, nahm auf ihrer jüngsten Sitzung von der Ernennung zweier Propagandasekretäre durch den französischen Gewerkschaftsbund Kenntnis und beschloss ihren Arbeitsausschuss zu einer Tagung am 9. Mai nach Metz einzuberufen. Dort werden Richtlinien für die beiden Sekretäre aufgestellt. Die Vierländerkommission selbst tritt am 8. August in Longwy wieder zusammen.

SPD. Madrid, 7. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf der Eisenbahnerkonferenz der Transportarbeiter Internationale wurde auch der Personalabbau bei den Eisenbahnern infolge von Rationalisierungsmassnahmen eingehend besprochen. Die Konferenz nahm einen von den Engländern eingebrachten Antrag an, der Einschränkung der Entlassungen und die Gewährung ausreichender Entschädigung bei Kündigungen fordert. Da die Unfallstatistik in den verschiedenen Ländern nach sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten aufgebaut ist, beschloss die Konferenz den Verkehrsausschuss des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes um eine grössere Gleichförmigkeit in der Unfallstatistik zu ersuchen.

SPD. Hinterwäldlerische Zustände herrschen im Kreis Kolberg-Körlin. Dort wurde ein Landarbeiter entlassen, weil er - zum Gemeindevorsteher gewählt worden war. Er wurde fortgeschickt, obwohl er elf Jahre bei seinem Arbeitgeber in Arbeit stand. Die Entlassung wurde durch das Kolberger Arbeitsgericht bestätigt, weil angeblich der Gutsbetrieb schwer geschädigt würde, wenn der Arbeiter zur Erledigung der Gemeindevorstehergeschäfte einige Tage im Monat fehle. Das Arbeitsgericht ist der Auffassung, dass das Gemeindevorsteheramt kein Ehrenamt im Sinne der Reichsverfassung ist, weil der zum Gemeindevorsteher Gewählte eine Aufwandsentschädigung von der Gemeinde erhalte.

Mit solchen Schikanen zimmert man in Ostelbien die Volksgemeinschaft.

SPD. Auch Hass macht blind und dumm. Ein abschreckendes Beispiel dafür ist die Haltung der Organe der christlichen Gewerkschaften gegenüber dem früheren Reichsarbeitsminister Wissell. Seit Wochen quälen sie sich damit ab, der Öffentlichkeit einzureden, dass Wissel während seiner Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium im Versagen geradezu einen Rekord aufgestellt habe. Sie werfen ihm Verschleppungen und Verschlechterungen vor.

Auch die christlichen Arbeiter wissen sehr gut, dass Wissell ein Koalitionsminister war, und dass ein Koalitionsminister manchmal keineswegs unklug handelt, wenn er die Verabschiedung eines Gesetzes auf einen günstigeren Zeitpunkt verschiebt, um Verschlechterungen zu vermeiden. Es ist nicht alles aufgehoben, was aufgeschoben wird. Bei den angeblichen Verschlechterungen aber sieht der wahre Sachverhalt bei genauerer Beleuchtung oft etwas anders aus, als es in dem "Verlustkonto Wissell" hingestellt wird. So kreidet man z. B. Wissel an, dass er nichts für den Schutz der älteren Angestellten getan habe, Aber wer sind denn die Leute, die in den zuständigen Reichstagsausschüssen die Vorschläge des Afa-Bundes zum Ausbau des Angestelltenschutzes (Verbesserung des Kündigungsschutzes und dergl.) verhindert haben? Niemand anders als die Herrschaften von der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. In der Angestelltenversicherung soll Wissell das Selbstverwaltungsrecht verschlechtert haben. Bei aller Reserve gegenüber der Vorlage steht jedoch fest, dass er Urwahlen vorgesehen hat, - die Voraussetzung für eine wirkliche Selbstverwaltung. Zur Zeit haben wir eine Privilegierung des DHV. Den Gipfel der Dreistigkeit erklimmen die Christen mit der Behauptung, die Arbeitslosenversicherung wäre nie in eine so katastrophale Lage gekommen, wenn sich Wissell mit Hilferding verständigt hätte. Eine Behauptung wider besseres Wissen! Haben nicht die Christen selbst monatelang die Aushungerungsstaktik der Deutschen Volkspartei gegen die Arbeitslosenversicherung scharf kritisiert?

Monopolkampf um Radio und Schwachstrom.

(Die Arbeiterschaft bezahlt die kapitalistische Expansion.)

SPD. Die holländische Radiofirma Philips hat ihre Beteiligung an dem Lorenzkonzern-Berlin, der sich vorzugsweise auf dem Gebiet des Radio und des Schwachstroms betätigt, an die nordamerikanische International Telephon & Telegraph verkauft. Philips besass bei Lorenz die Majorität. Damit geht der Lorenzkonzern an die Tochtergesellschaft der International Telephon & Telegraph die Standard Electric Company (S.E.G.) in London, an der wiederum die AEG in Berlin massgebend beteiligt ist, über.

Es handelt sich um eine Aktion von grösster Tragweite. Einmal wird das Philips'sche Radiogeschäft in Deutschland behindert und der Konkurrent Philips die Telefunkengesellschaft in Berlin, ist ihrem Ziel, ein Monopol zu erreichen immerhin nähergekommen, wenn sich auch die anfänglichen Hoffnungen bei Telefunken wohl nicht erfüllen werden. Die Telefunken selbst ist eine Gründung des Siemenskonzerns und der AEG, die ihrerseits Verbindungen mit der International Telephon & Telegraph bezw. der Standard Electric Company unterhalten. Die Standard Electric Company wurde von der AEG und der International Telephon & Telegraph gegründet, um dem Siemenskonzern das sehr rentable Postgeschäft in Deutschland streitig zu machen. Zu diesem Zweck wurden die Mix & Genest A.G., die Ferdinand Schuchhardt A. G., die Telephonfabrik Berliner und die T.K.D.-Werke in Nürnberg erworben. Zu diesen Unternehmungen auf dem Schwachstromgebiet kommt jetzt die Firma Lorenz. Die Standard Electric Company hat mit dem Erwerb von Lorenz ihre Einflussphäre gewissermassen abgerundet. Auf dem Schwachstromgebiet stehen sich also mit dem Verkauf der Lorenzaktien zwei grosse Gegner gegenüber: der Siemenskonzern und die Standard Electric Company - AEG. Ob es zu dem erwarteten Kampf kommen wird, bei dem es um die Verteilung der deutschen Postaufträge geht, muss abgewartet werden.

Die Fäden im Kampf um das Schwachstromgeschäft laufen, wie unsere Darstellung zeigt, sehr durcheinander. Das Ganze ist überhaupt ein interessanter Beitrag zum Kapitel freie Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik. Die jetzt gelösten Beziehungen zwischen dem holländischen Philipskonzern und der Firma Lorenz begannen vor etwa 2 Jahren, und zwar schloss die Lorenz A.G. mit Philips einen Vertrag ab, wonach Lorenz den holländischen Konzern für ihren Verkauf mit Radioerzeugnissen belieferte. Es war ein sogenannter Vertrag "auf verlängerte Werkbank", d.h. Lorenz stellte die von Philips vertriebenen Apparate in Lohnarbeit her. Lorenz konnte so seine Anlagen gut ausnutzen und während der Dauer des Vertrages 1200 Mann mehr beschäftigen. Das Risiko trug ausschliesslich der Philipskonzern. Obwohl Philips die Majorität bei Lorenz hatte, war in dem Vertrag ausgemacht, dass Lorenz ein rein deutsches Unternehmen bleibe. Philips verzichtete sogar auf die Ausübung des Stimmrechts. Es handelt sich also um einen brillanten Vertrag.

Jedoch waren die Verkaufsmethoden des Philipskonzerns in Deutschland derart, dass die Telefunkengesellschaft, die vom Siemenskonzern und der AEG gegründet worden ist, daran Anstoss nahm. Philips führte z.B. das Teilzahlungssystem mit Erfolg ein. Auch waren die Holländer hinsichtlich der Preise weit vernünftiger als die Leute von der Telefunkengesellschaft. Das führte zu

Streitigkeiten. Eingeweihte wollen wissen, dass die Kampfstellung der Telefunken gegen Philips bezw. Lorenz nur daher rührt, dass sich die Telefunken in dem Bestreben, den Markt möglichst zu monopolisieren, durch Philips behindert fühlte. So begann der Kampf der Telefunken gegen Lorenz. Dieser konzentrierte sich um einen Patentaustauschvertrag, der zwischen Telefunken und Lorenz seit längerem besteht. Die Telefunkengesellschaft machte geltend, dass die Lorenz A. G. die fraglichen Patente nur dann verwenden dürfe, wenn sie selbst die Waren verkauft, und dass die Verwendung nicht statthaft sei, wenn Philips irgendwie als Verkäufer auftritt. Im Laufe der Auseinandersetzungen verhängte Telefunken über Lorenz eine förmliche Sperre, die dem Kartellgesetz widerspricht. Das angerufene Kartellgericht versagte aber hier auch wieder einmal, was zur Folge hatte, dass Philips von dem Lorenzvertrag zurücktrat und seinen Besitz an Lorenzaktien an die International Telephon & Telegraph verkaufte.

Ohne Zweifel hat sich bereits in dem Kampf um das Radiogeschäft der grössere Kampf um das Schwachstromgeschäft abgespielt. Nachdem Lorenz zur Strecke gebracht ist, sind die Fronten und das Ziel des Kampfes nur deutlicher geworden. Bekannt ist, dass Siemens schon seit längerer Zeit gegen die neue Konkurrenz mit gedrückten Preisen gearbeitet hat, was durchaus möglich ist, da die deutsche Reichspost ja geradezu glänzende Schwachstrompreise bezahlt. Die Kosten des Kampfes trägt die Arbeiterschaft. Der Lorenzkonzern z. B. musste bereits vor einiger Zeit 1 000 Mann entlassen. Weiter ist angekündigt worden, dass in den nächsten Tagen weitere 200 Mann zur Entlassung kommen werden. Das Ganze nennt man in Deutschland freie Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik.

SPD. Der von der I.G. Farbenindustrie, dem kapitalstärksten deutschen Unternehmen, vorgelegte Abschluss für das Jahr 1929 zeigt, dass das Riesenunternehmen es für unnötig hält, die Forderungen nach grösserer Publizität zu erfüllen. Selbst die Gesamtumsatzziffer, die neuerdings von den meisten Montan- und Elektrounternehmungen genannt wird, verschweigt man.

Aus den allgemeinen Angaben der Verwaltung geht hervor, dass sich die Verschlechterung der Konjunktur bei dem Farbentrust so gut wie gar nicht ausgewirkt hat. Die Rekordumsätze des Jahres 1928 konnten auch im Berichtsjahr gehalten werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist diesmal noch undurchsichtiger als in den vorhergehenden Jahren, weil die Generalunkosten überhaupt nicht ausgewiesen, sondern bereits vorweg in Abzug gebracht sind. Der Betriebsgewinn hält sich mit 256,5 Millionen auf der Höhe des Vorjahres, während der ausgewiesene Reingewinn 110 gegen 118,4 Millionen beträgt. Den Aktionären hat die Verwaltung diesesmal eine Ueberraschung zugedacht; denn neben der 12%igen Dividend (wie in den beiden Vorjahren) erhalten sie noch eine Extradividende von 2% aus den von Amerika eingegangenen Freigabegeldern ausgezahlt (insgesamt also 14 %).

Im schroffsten Gegensatz zu der fetten Aktionärsdividende stehen die scharfen Abbaumassnahmen. Während Ende 1928 die Gesamtbelegschaft sich auf rund 154 600 Mann stellte, ist sie Ende 1929 bis auf 131 750 Mann zusammengeschrumpft. In den rein chemischen Betrieben allein hat sich die Belegschaft von 114 185 bis auf 97 750 Personen verringert. Berücksichtigt man, dass der niedrigste Belegschaftsstand nach der Gründung des Farbentrusts Anfang 1925 sich auf rund 83 720 Personen stellte, (zu einer Zeit, in der eine grosse Anzahl jetzt schon hochentwickelter Fabrikationszweige bei dem Chemietrust überhaupt noch nicht existierte) so zeigt die Entwicklung im letzten Jahr, dass die scharfe Rationalisierung die Belegschaft in den einzelnen Betrieben noch unter den Stand von 1925 gedrückt hat. Da seit 1926 die Umsätze Jahr für Jahr gewachsen sind und die Betriebsgewinne sich seit 1926 um rund 40 % erhöhten, lässt diese Entwicklung die enormen Rationalisierungsgewinne des Farbentrusts

immerhin vermuten.

Die Bilanz zeigt auch, in welchem Umfang das Unternehmen neben seinen aus geschütteten Gewinnen in den letzten Jahren Kapital gebildet hat. So belaufen sich allein die Abschreibungen, die zur Finanzierung von Neuanlagen verwendet werden, in den letzten drei Jahren auf mehr als 216 Millionen; über die Abschreibungen hinaus waren dabei allein in den Jahren 1928/29 Neuzugänge bei den Anlagen von 118 Millionen festzustellen. Trotz dieser hohen Investierungskosten schwimmt das Unternehmen im Geld. So sind allein im letzten Jahre die Bankschulden von 82 auf 31 Millionen gedrückt worden, denen fast 160 Millionen Bankguthaben und Kassenbestände gegenüberstehen. Auch die übrigen Forderungen übertreffen mit rund 486 Millionen die laufenden Schulden um annähernd 160 Millionen Mark.

Nach dem Geschäftsbericht hat sich der Farbenabsatz sowie das Chemikalien und Pharmazeutikgeschäft auch im letzten Jahre sehr gut entwickelt. Bei der Monopolstellung des Farbentrusts auf pharmazeutischem Gebiet stellt dieses Geschäft eine der wichtigsten Profitquellen des Milliardenunternehmens dar. Die Ausführungen über das Kinofilmgeschäft sind wegen der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung des Tonfilms sehr zurückhaltend. Wie nicht anders zu erwarten war, setzt sich natürlich auch die Verwaltung der I.G. Farbenindustri für eine Aufstockung der Kunstseidenzölle ein, da den Herren offenbar die internationalen Kartellverhandlungen zur gemeinsamen Ausbeutung der europäischen Konsumenten nicht schnell genug vonstatten gehen. Die Produktion von künstlichem Benzin, das direkt aus Braunkohle bezw. aus Braunkohlenschwelteer und Generatorteer gewonnen wird, sowie das Abkommen mit dem Standard Oil Konzern werden sehr optimistisch beurteilt. Die Produktion an Düngestickstoff wurde gegenüber dem Rekordjahr 1928 eingeschränkt, da die Verwaltung mit einem Rückgang des Absatzes infolge der allgemeinen Lage der Landwirtschaft rechnet.

In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat die allgemein günstige Konjunktur bei dem Unternehmen angehalten. Die flüssigen Mittel haben sich seit Jahresbeginn weiterhin vermehrt.

SPD. Die Reichsregierung hat mit Wirkung vom 13. Mai die Einfuhrscheine (Exportprämien) für Hafer, Roggen und Braugerste von 6 auf 9 Mark pro Doppelzentner, also um 50 % erhöht. Der Einfuhrschein für lebende Schweine ist von 18 auf 27 Mark erhöht, der für Schweinefleisch auf 36 und der für Schweineschinken in Dosen sogar auf 48 Mark. Neu eingeführt werden Exportprämien für Rindvieh und Schafe in der gegenwärtigen Zollhöhe von 24,50 Mark bezw. 22,50 Mark je Doppelzentner; für Rind- und Schaffleisch treten Exportprämien in Höhe von 45 Mark pro Doppelzentner in Kraft. Die Wirkungen dieser Massnahmen werden sich 1.) durch verstärkte Belastung der Reichskasse, 2.) durch weitere Verteuerung der deutschen Lebenshaltung, 3.) durch die handelspolitische Verärgerung des Auslandes und 4.) durch Senkung der Lebenshaltungskosten im konkurrierenden Ausland und Stärkung der ausländischen Industriekonkurrenz auf dem Weltmarkt zeigen.

Im Zollgesetz vom 15. April ist die eindeutige Bestimmung enthalten, dass die Belastung der Reichskasse durch die neue Einfuhrscheinregelung die Belastung des Vorjahres nicht überschreiten darf. Die neuen Exportprämien werden bald die Höhe des letzten Jahres (75 Millionen Mark) erreichen, sodass es rätselhaft ist, woher die Gelder für das vermehrte Dumping genommen werden sollen. Die Absicht des Ernährungsministers, die infolge der neuesten Zollerhöhungen gesteigerten Einnahmen dafür zu benutzen, steht in schärfstem Widerspruch zum Gesetz.

Die fremden Staaten, die unter der verstärkten Schleuderkonkurrenz Deutschlands zu leiden haben, werden sich wahrscheinlich das Dumping, das zu einem starken Preisdruck auf dem Weltmarkt führen muss, nicht gefallen lassen.

Bereits im letzten Jahr machte sich infolge des kolossalen deutschen Roggen=dumpings in den nordischen Staaten eine steigernde Erbitterung gegenuber Deutsland bemerkbar, eine Verärgerung, die zweifellos den deutschen Industriewaren=export in diesen Ländern sehr schadet. Zahlreiche Staaten haben bereits ernst=lich erwogen, gegenüber dem deutschen Dumping sogenannte Ausgleichszölle ein=zuführen, d.h. Zölle, die in Höhe der deutschen Exportprämien von diesen Länder erhoben werden. Dadurch wird Deutschland zum Steuerzahler an ausländische Staatskassen. Auch sonstige handelspolitische Komplikationen sind infolge des neuen verschärften Exportdumpings in Deutschland zu befürchten.

Soweit das Ausland derartige Gegenmassnahmen gegen das deutsche Export=dumping trifft, werden sich die neuen Einfuhrscheine weniger in einer deutschen Preiserhöhung als in einer Senkung der ausländischen Preise auswirken. Aber auch wenn solche Massnahmen nicht getroffen werden, ist zumindesten bei den Rindern und beim Roggen mehr eine Senkung der sogenannten Weltmarktpreise als eine Steigerung der inländischen deutschen Preise zu erwarten. Für Roggen haben wir nämlich keinen Weltmarkt, sondern nur einen ganz geringen Einfuhr=bedarf einiger nordwesteuropäischer Länder. Jede Steigerung des Angebotes, der die natürliche Folge einer deutschen Einfuhrscheinerhöhung sein muss, wird daher die Weltmarktpreise, die bereits jetzt nur 50 % der deutschen Prei=se betragen, noch weiter herabdrücken. Aehnlich liegen die Dinge beim Rind=fleisch. Bereits das dänische Rinderangebot ist nur unter allergrössten Preis=druck unterzubringen. Wird dieses Angebot noch durch deutsche künstlich ver=billigte Rinder verstärkt, so ist mit einem noch weiteren Absturz der Rinder=preise zu rechnen. Eine solche Entwicklung kann nicht ohne Rückwirkung auf Deutschland bleiben.

Die Einfuhrscheine werden also neben einer schweren Belastung der Reichs=kasse und der deutschen Steuerzahler und neben handelspolitischen Komplika=tionen eine Steigerung der deutschen Preise und teilweise eine Senkung der Weltmarktpreise zur Folge haben. Dadurch wird der Unterschied zwischen den deutschen und den ausländischen Lebenshaltungskosten noch weiter vergrössert, der Reallohn des deutschen Arbeiters verkleinert, der des ausländischen Ar=beiters dagegen erhöht und die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Indu=strie gegenüber der deutschen Industrie verbessern. So werden sich die neuen Massnahmen des Bürgerblocks in einer schweren Schädigung der deutschen Ge=samtwirtschaft auswirken.

SPD. Die vor geraumer Zeit durch den Ullsteinverlag an den Farbentrust verkaufte Terra Film A.G. hat abermals ihren Besitzer gewechselt. Ueber die Aktion teilt die I.G. Farbenindustrie mit, "dass nach längeren Verhandlungen die Mehrheit der Aktien aus dem Besitz der I.G. Farbenindustrie A.G. in die Hände der Professor Reinhardt=Melnitz=Gruppe übergegangen ist. Die I.G. Far=benindustrie A.G, hat dabei ihre Rohfilminteressen durch einen Rohfilmver=trag mit der Terra gesichert und damit auch erreicht, dass die von der Terra ins Ausland verliehenen Filme aus deutschen Rohfilmen kopiert werden. In den Aufsichtsrat werden u.a. Professor Max Reinhardt, Generalintendant Tiejen und Raymund von Hoffmannsthal eintreten. Die besonderen deutschen Interessen sind abgesehen von dem Rohfilmvertrag mit der I.G. noch dadurch gewährt, dass die Filme aus deutscher Tobisapparatur hergestellt werden."

SPD. Die Spareinlagen bei den preussischen Sparkassen werden für Ende Fe=bruar 1930 mit 5851,7 Millionen Mark angegeben. Das bedeutet gegenüber Ende 1929 einen Zuwachs von 354,3 Millionen Mark. Der monatliche Einlageüberschuss war grösser als in der zweiten Hälfte des Jahres 1929.

Exportprämienerhöhung enttäuscht.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Mai.)

SPD. Trotz der Neuregelung des Einfuhrscheinwesens verkehrte die Berliner Produktenbörse am Mittwoch in matter Haltung. Namentlich die Kontingentierung der Haferausfuhr wirkte enttäuschend. Dabei war das Angebot an promptem Roggen stärker geworden, sodass sich die Notierungen, da es an Kauflust fehlte, sowohl im Handel mit effektiver Ware als auch am Lieferungsmarkte kaum behaupten konnten. Weizen war noch schwächer veranlagt und verlor etwa 1 - 2 Mark. Das Mehlgeschäft gestaltete sich äusserst schleppend, obwohl die Mühlen bei Roggenmehl Nachgiebigkeit zeigten. Auch der Hafermarkt konnte sich nicht beleben. Die Preise blieben ziemlich unverändert.

	6.Mai	7.Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 289	283 - 287
Roggen	159 - 164	159 - 164
Braugerste	192 - 203	192 - 203
Futter- und Industriegerste	177 - 190	175 - 188
Hafer	159 - 165	157 - 163
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75-40,00	31,75-40,00
Roggenmehl	23,00-26,00	23,00-26,00
Weizenkleie	9,25- 9,75	9,25- 9,75
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 291½-292 (Vortag 292½), Juli 298½ und Geld (299), September 264-263½ (266). Roggen Mai 169-167½ (168), Juli 178-175½ (178), September 182-181 (182½). Hafer Mai 169 bis 167½ (171 1/4) Juli 178-175 (179½), September 173½ Geld (-).

SPD. Für das mit dem Monat März 1930 zuende gegangene Rechnungsjahr stellt das Reichsfinanzministerium ein Defizit in Höhe von 1654,3 Millionen Mark fest. Es verteilt sich mit 896,1 Millionen Mark auf den Ordentlichen Haushalt (154,4 Millionen Mark Defizit aus dem Jahre 1928/29 und 741,7 Millionen Mark Defizit aus dem Jahre 1929/30) und mit 758,2 Millionen auf den Ausserordentlichen Haushalt (904,5 Millionen Mark Defizit aus dem Jahre 1928/29 und 146,3 Millionen Mark Überschuss aus dem Jahre 1929/30). Das Defizit steht aber noch nicht endgültig fest, weil in den Monaten April und Mai 1930 noch Einnahmen und Ausgaben für das verflossene Rechnungsjahr zu verbuchen und Restausgaben und Resteinnahmen auf das neue Rechnungsjahr zu übertragen sind. Das Defizit von 741,7 Millionen Mark im Ordentlichen Haushalt für das Jahr 1929/30 wird sich auch noch wesentlich verringern, da im Ausweis für den Monat März 1930 die Reparationszahlungen noch nach dem Londoner Abkommen zu verbuchen sind, während im endgültigen Jahresabschluss sich die Entlastungen des Neuen Planes (Haager Abkommen) auswirken werden.

Der Kassenbestand wird für Ende März 1930 mit 34 Millionen Mark ausgewiesen. Die schwebende Schuld hat sich von 1735,9 Millionen Mark Ende Februar auf 1938,4 Millionen Mark Ende März erhöht. Die Steigerung entfällt auf den Verkauf von unverzinslichen Schatzanweisungen, die sich von 1062,7 Millionen Mark auf 1216, Millionen Mark steigerten. Der Betriebskredit bei der Reichsbank wurde mit 50 Millionen Mark (im Vormonat 5,6 Millionen Mark) in Anspruch genommen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 7. Mai 1930

Beweise.[x]

Von Ch.Aimery.

SPD. "Nein", sagte der junge Rechtsanwalt,der nicht wenig stolz darauf war, mit dem alten Gerichtspräsidenten auf so familiärem Fusse zu stehen."Nein, ich beneide Sie nicht. Wir Rechtsanwälte verteidigen ganz gewiss Schuldige und Unschuldige,wie es sich gerade trifft,aber Ihr Richter hängt sie ebenso summa= risch auf. Wie können Sie nur ruhig schlafen,wenn Sie einen Mann ins Zuchthaus geschickt haben,der vielleicht nur wünschte,sich zu verbessern? Ich meine na= türlich nicht,dass Sie Unschuldige verurteilten,denn es werden ja immer Beweise verlangt...."

"Warum meinen Sie das nicht?" fragte der alte Richter und sah ihn mit sei= nem klaren,erfahrenen Blick an. "Beweise? Ja - die suchen wir.Aber wissen wir, ob wir sie finden? Ich entsinne mich bestimmt,einmal einen Mann verurteilt zu haben,der unschuldig war. Er muss jetzt längst gestorben sein,denn man wird in Neu=Caledonien nicht 80 Jahre alt! Und manchmal frage ich mich selbst,ob er mich nicht dermaleinst in Empfang nehmen wird,wenn Charons Schiff mich ans an= dere Ufer gebracht hat.

Es ist schon 30 Jahre her und trug sich folgendermassen zu.

Eines Nachts wurde ein alter Bauer ermordet,der ganz allein auf seinem Hofe wohnte. Der Hund hatte nicht angeschlagen - niemand hatte etwas gehört. Die Mordwaffe wurde sehr bald gefunden. Es war ein Messer,das unweit des Hau= ses in die Erde vergraben worden war - es war deutlich zu sehen - die Spuren waren ganz frisch. Mehrere Zeugen erkannten das Messer dann auch an seinem charakteristischen Schaft. Es war ein spanisches Messer und gehörte einem Nach= barn, der gleichfalls allein wohnte,sodass niemand nachweisen konnte,wo der Mann sich in der Mordnacht befunden hatte. Er gestand ohne weiteres,dass das Messer ihm gehörte - und behauptete,dass man es ihm vor einiger Zeit gestohlen hätte. Niemand - auch nicht seine Freunde - hatten jemals etwas davon gehört- nie hatte er von diesem Diebstahl erzählt. Ein Motiv zur Tat fand man auch, nämlich Rache.

Wie bei den meisten bäuerlichen Nachbarn hatte es zwischen dem Ermordeten und der verdächtigen Person stets Grenzstreitigkeiten gegeben. Der Angeklagte behauptete, dass der Ermordete ihm Land fortgenommen hätte,und andere Dorfbe= wohner hatten die Beiden in heftigstem Streit gesehen. Der Fehler des Richters war wohl der,dass er das bisherige Leben des Angeklagten nicht genügend mit je= nem rohen Verbrechen verglich. Der Hals des Opfers war fast durchschnitten...?

Die einleuchtenden und klaren Beweise hatten den Richter verblendet.Zwan= zig Jahre später bekannte der Neffe des Ermordeten auf seinem Totenbette,dass er den Mord begangen hätte,um in den Besitz des Erbes zu gelangen. Er hatte auch das Messer des Nachbarn gestohlen,als er seinen Verwandten zuletzt be= sucht hatte. In der Mordnacht sei er dann in der Dunkelheit über die Felder gegangen und quer durch den Wald. Noch vor Sonnenaufgang habe er sein Haus er= reicht - und sei von niemandem gesehen worden."

"Und was geschah dann mit dem Verurteilten?"

"Ja - er weigerte sich, Neu=Caledonien zu verlassen. Er hatte sich wäh= rend der ganzen Zeit mustergültig geführt und lange Zeit seinen Dienst als Krankenpfleger im Gefängnishospital verrichtet. Er sagte,jetzt sei es zu spät - sein Leben sei doch verpfuscht."

"Vielleicht war das eine ganz besonders raffinierte Art, sich an der Gesellschaft zu rächen?"

"Nein - er war durchaus kein Fanatiker, aber er sagte, dass er es werden würde, wenn er nach Frankreich zurückkehrte.-"Wenn ich mir nun mit ansehen soll, wie die Andern das Leben leben, das ich hätte führen können, wenn ich nicht das unschuldige Opfer eines sich irrenden Richters geworden wäre, dann würde ich höchstwahrscheinlich doch noch so weit kommen, ein Verbrechen zu begehen. Meine nächsten Anverwandten sind tot. Mein Haus ist längst verkauft - die zwanzig Jahre hinter den Mauern sind mir in alle Poren eingedrungen -so dass ich nie wieder Mensch werden kann...."

Der alte Richter blickte stumm vor sich hin. Dann sagte er ruhig: "Er zürnte nicht einmal - er begriff, dass wir alles getan hatten, was die Pflicht uns geboten hatten, was wir konnten und mussten. Wir hatten ja Beweise gehabt."

Der aktuelle Schiller.

SPD. In Spanien sind revolutionäre Unruhen im Gange. Die Studenten sind Träger einer Freiheitsbewegung gegen neue königliche Diktaturgelüste. Demonstrationen führen zu blutigen Zusammenstössen mit der Polizei. Die Madrider Universität wird vorübergehend geschlossen. Die soziale und geistige Erneuerung Europas ergreift nun auch ein Land, das bisher als Hochburg politischer Autokratie, gesellschaftlicher Klassenscheidung und geistiger Beschränkung gelten durfte. Es mag vielleicht noch lange Jahre dauern, bis der aufgeflammte Freiheitskampf die starren spanischen Traditionen überwinden wird, aber es kann kein Zweifel mehr am erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes bestehen.

Was sich heute in Spanien abspielt, ist im Grunde nicht andres als die zeitgemässe Fortsetzung jenes grossen geistigen Waffenganges zwischen Marquis Posa und König Philipp II., wie ihn Schiller bereits vor annähernd anderthalb Jahrhunderten in seinem "Don Carlos" gestaltet hat. Auch die Gegnerschaft der Unamuno, Sanchez Guerra u.a. gegen die spanische Monarchie ist von der Forderung nach "Gedankenfreiheit" getragen. In den letzten Jahrzehnten hat sich bei uns die Uebung herausgebildet, Schiller, dessen darstellerischer und sprachlicher Stil freilich weltenweit entfernt von der heute allein selig machenden trockenen Sachlichkeit ist, als Klassiker im üblen Sinne, d.h. als altmodisch und schwülstig hinzustellen. Aber die mitreissende Wirkung, die immer wieder von der Aufführung eines Schillerschen Dramas ausgeht, kann bei unserm kritischen Publikum doch schwerlich allein von theatralischen Effekten ausgehen. Es müssen doch wohl gewisse weltanschauliche und historische Allgemeingültigkeiten in diesen Werken stecken, die uns auch heute noch zu packen vermögen.

Das republikanische Trauerspiel "Die Verschwörung des Fiesco zu Genua" ist - als dichterische Gestaltung betrachtet - gewiss mit schweren Mängeln jugendlicher Unreife behaftet. Aber dasteht im Mittelpunkte des Stückes eine Szene, die den Sinn der ganzen Handlung spiegelt: jene Szene, in der der Graf von Lavagna den rebellischen Bürgern Genuas die Fabel von der Königswahl der Tiere erzählt. Wo in der ganzen Literatur gibt es eine glänzendere Charakterisierung der Persönlichkeit und Wirksamkeit eines gewissenen, nur auf den eigenen Vorteil bedachten, dabei von den schwungvollsten Volkswohlfahrtsphrasen triefenden Demagogen? Bis in unsre Gegenwart hinein wiederholt sich - wenn wir etwa an die russischen Sowjetgewalthaber denken - die Erscheinung dieses Demagogen und vorgeblichen Volksbeglückers.

Auch die hochverräterische Offiziersrevolte im "Wallenstein" hat etwas von dieser historischen Allgemeingültigkeit. In den letzten Motiven war auch der Putsch der Lüttwitz, Ludendorff und Ehrhardt ein gleichartiges, freilich an Format viel geringeres Unternehmen. Natürlich werden uns solche Parallelen

bei der Aufführung eines Schillerschen Dramas kaum bewusst werden. Aber die Anteilnahme, die die geschilderten Vorgänge in uns erwecken, zeugt doch von der ewigen Wahrheit und Aktualität dieser Vorgänge.

Man könnte diese Beispiele noch erweitern. Man könnte sogar auf die Beziehungen hinweisen, die sich etwa von einem so abseitigen Werke wie dem Romanfragment "Der Geisterseher" bis zu unserm modernen Spiritisten- und Okkultistenschwindel erstrecken. Darin eben beruht ja gerade die jahrhundertelange Wirkung des Schillerschen Lebenswerkes, dass die dargestellten Ereignisse und Charaktere nie von absoluter Einmaligkeit, sondern immer von typischer Bedeutung sind.

In der Literatur der Gegenwart erfreuen sich Reportageroman und sogenanntes Zeitstück einer besonderen Bevorzugung. Man glaubt, höchst aktuell zu sein, wenn man sich im literarischen Schaffen inhaltlich und sprachlich möglichst eng an bestimmte Einzelfälle unsres täglichen Erlebens schliesst. Aber man vernachlässigt darüber die tiefere allgemeinmenschliche Motivierung und Charakteresierung und damit die Aktualität im höheren Sinne. Darum veralten die Werke jener Neutöner, die sich über Schiller so hoch erhaben dünken, grossenteils sehr schnell. Ein Stück wie etwa die erst wenige Jahre alten "Rheinischen Rebellen" von Arnolt Bronnen vermag schon heute kaum noch ein Interesse zu erwecken, und selbst ein so geschickt gearbeitetes und heute noch so erfolgreiches Stück wie "Die Affäre Dreyfus" von Rehfisch und Herzog dürfte wohl nur wenige Jahre oder vielleicht Jahrzehnte überdauern, weil ihm die tiefe innere Verknüpfung mit dem gesamten Zeit- und Menschheitsgeschehen fehlt. Weil Schillers Werk diese Verknüpfung aufweist, darum ist es heute - 125 Jahre nach dem Tode des Dichters - noch so lebendig und wird auch noch für manche kommenden Generationen so lebendig bleiben.

Dr. Wilhelm Bolze.

Muttertag.

SPD. Zuerst waren die Blumengeschäftsinhaber auf dem Plan und sagten: "Unsere Geschäfte vertragen eine Umsatzsteigerung! Liebe Leute, lasst euch einreden, dass ihr möglichst oft und möglichst viel bei uns kaufen sollt, an einem bestimmten Tag im Jahre aber geradezu die Pflicht habt, unsre Kontrollkassen zu beehren!" Oder vielmehr: so sagten sie nicht; so dachten sie nur. Was sie sagten, war dies: " Ehret die Mutter!" Dann kamen die Konfitürenhändler und wollten nicht einsehen, warum aus dem menschlichen Urtrieb, der Mutter Freuden zu bereiten, lediglich die Blumenhändler Nutzen ziehen sollten. Jetzt haben sich den Blumen- und Konfitürenhändlern die Buchhändler zugesellt und kleben, offenbar von ihrer Organisation gelieferte, Zettel an die Schaufenster, auf denen steht: "Zum Muttertag: Bücher - nicht Blumen!" Das ist nicht zur Empfehlung der eigenen, das ist auch Herunterreissung der fremden Ware. Wie wird das enden? Wer alles wird in Zukunft noch auftreten und durchblicken lassen, dass ein herzloser Patron und ohne jede Spur von Mutterliebe ist, wer nicht zu einem bestimmten Sonntag diesen und jenen in seinem Laden erhältlichen Geschenkartikel kauft! Vielleicht folgt dem Muttertag ein Vatertag, ein Kindertag, ein Hundetag. Der menschlichen Gefühle gibt es viele - und der Handel hat gefüllte Lager.

Selbstverständlich haben die Kaufleute ein gutes Recht darauf, den Absatz zu forcieren. Aber wir Konsumenten haben ein gutes Recht darauf, zu sagen: Tut es nicht um den Preis einer Kommandierung unsrer Gefühle! Das schrecklich edle Matronenantlitz mit dem weisschimmernden Haupthaar, das ihr auf eure Plakate malt, das ist ja Courths-Mahler-Kitsch. So sind die Mütter ja heutzutage garnicht.

Leider haben auch die Schulen vielfach den vom Handel lancierten Herzigkeitsrummel aufgegriffen. Meine Kleine muss für den 11.Mai ein Gedicht auswendig lernen,das beispielsweise folgende Verse enthält:

"O beste Mutter,nimm von mir
Dies Sträusschen,dieses Band,
Ich,deine Tochter,bring' es dir
Und küsse deine Hand."

Schmutz ist das nicht,aber Schund. Es ist verlogenes Geschwätz,Phrasenklischee, Schwulst,Unnatur.

"Ehret die Mutter!" - Dankeschön! Wie wir uns zu unsrer Mutter zu stellen haben,darüber brauchen uns die Geschäftsleute nicht zu informieren!

Hans Bauer.

Der Schulinspektor.[x]

SPD. Der Sonnenschein kam sommerselig zum Fenster herein. Er koste die Blütenpracht in den Töpfen und bleichte des Kantors geblümte Gardienen.Ein Spinnlein spann in der Ecke ihr Netz und an der Decke hung ein Schmetterling, so ein grosser,bunter,und liebäugelte herunter. In den blonden Zöpfen der Mädchen prangten heut' Bänder und Schleifen. Ueber die Köpfe der Buben liefen unbeholfene Scheitel, mit einem groben Kamm und viel Wasser gezogen.

Um die neunte Stunde spazierte über die Wand ein dunkler Schatten."Der Schulinspektor kommt", flüsterte es in den Bänken. Die Mädchen lachten; sie hatten sich also nicht umsonst fein gemacht. Der Schulinspektor stellte seinen schwarzen Schlapphut auf die erste Bank. Es dauerte nicht lange,da hatten ihn August und Karl, die untersten der Klasse, schon umgestülpt. Langweilig war's den beiden immer, besonders heute,wo man gerade und still sitzen musste. Bis zur nächsten Pause überlegte August,ob er Tinte in den Hut schütten sollte oder nicht. Es wäre ein Spass, wenn über die weissen Haare und das schöne Vorhemd des Inspektors die Tinte wie schwarze Raupen gekrochen käme....

Nach der Pause entkorkte er das Tintenfass,schielte zum Lehrer,sah neben sich,hinter sich. Vor störenden Fragen war er durch seine Dummheit geschützt. Gerade hatte man die Weltkarte mit den beiden Halbkugeln aufgehängt. Zum erstenmale stellte der Schulinspektor eine Frage: "Wie kommen wir von hier nach Hinterindien?" Schüchtern fuhr das Lineal in der Hand eines Schülers über die Nordsee, zwängte sich durch den Kanal,suchte das Mittelmeer und den Suezkanal. ...da: Hinterindien! Der Inspektor aber wollte die einzelnen Stationen wissen. Er nahm selbst das Lineal, zeigte den Landweg über Wien nach Konstantinopel, markierte die Schiffahrtslinien,war bald mit dem Lineal in Nordamerika oder an der Südspitze Afrikas,umkreiste Japan und die Inseln im Stillen Ozean. Er vermochte sogar August von seinem Bubenstreiche abzulenken. Ehe der's gedacht, hatte der Inspektor seinen Hut in der Hand und sagte: "Adieu".

Seit zwei Stunden war der Unterricht schon zu Ende. Aus des Kantors Stube flatterten Geigentöne, und des Schulmeisters Seele ging in der Welt spazieren,fuhr durch Städte und Länder in einer Kutsche zu vieren. Karl und August hüteten oberhalb der Mühle Kühe. Plötzlich erschien zwischen den Kämpen,auf einen schmalen Grasweg,ein Herr. Er fragte: "Geht hier wohl der Weg nach X?"

Die beiden Jungen stiessen sich an: "Ist das nicht der Kerl von heute morgen?"

"Ja,ich erkenne ihn an dem schwarzen Hute."

Und verächtlich sah Karl zu dem Inspektor auf und sagte: "So. Heute morgen wollte er in der ganzen Welt Bescheid wissen,und jetzt - - weiss er nicht mal den Weg nach der nächsten Stadt."

Das Rätsel der Mimikry.

SPD. Unter Mimikry versteht man jene seltsame Schutzanpassung niederer Tierarten, bei der sich ein Lebewesen zu bewundernswerter Aehnlichkeit in Farbe, Form und allen Besonderheiten seiner Umgebung entwickelt, um dadurch Feinde zu täuschen und ihren Nachstellungen zu entgehen. Wenn man solche Mimikry-Fälle in der Natur oder auf Abbildungen erblickt, ist man mit Recht über das ausserordentlich hohe Aehnlichkeitsverhältnis erstaunt. Aber einer unserer bekanntesten und grössten Forscher, R.H. Francé, vertritt in einem seiner Werke eine andere Auffassung, durch welche die Nützlichkeit und der Wert der Mimikry-Erscheinung stark bezweifelt werden müssen.

Wie Francé berichtet, sind z.B. die indischen Kallima-Schmetterlinge die Weltmeister in der Nachäffung von Pflanzenteilen. Diese Schmetterlinge sind so vollkommen ihrer Umgebung nachgebildet, dass sie dadurch über das Ziel hinausschiessen, vor lauter Vollkommenheit unzweckmässig werden und die ganze Mimikry-Theorie stürzen. Denn auf ihren Flügeln sind nicht nur vergilbende Blätter mit aller Farbenpracht und dem ganzen Netz der Adern abgebildet, sondern auch Minengänge von Raupen und sogar Tautropfen. Auf den Flügeln des grossen Schmetterlings Opsiphanes Cassiopeia malte ferner die Natur ein erbsenförmiges Gebilde mit so täuschenden Einzelheiten, dass es die Naturforscher, die doch hoffentlich weniger leicht zu täuschen sind als die Vögel, beim ersten Blick für eine recht wenig appetitliche Made halten müssen. Andererseits sind auf den Flügeln vieler der bekannten schönen Morpho-Arten wundervoll schattierte und gut ausgeführte blaue und rote Beeren abgebildet. Nun stelle man sich einmal vor – schreibt Francé – wie trefflich diese klassischen Fälle von Mimikry in der Natur "schützen". Ein Vogel, der diese für ihn reizenden Madengänge, Maden, Beeren erblickt, wird wohl kaum widerstehen können, einmal versuchsweise hinzupicken – dann aber ist der Schmetterling verloren und hätte alle Ursache, der Mimikry auf seinen Flügeln zu fluchen. Hat aber der Vogel keine menschlichen Augen und Vorstellungen, dann nützt die ganze Maskerade noch weniger, denn dann hat er die fette Beute viel früher erspäht, als wir, denen sich diese blattähnlichen Tiere tatsächlich nur zu leicht, aber auch nicht leichter entziehen als ein im Walde zu Boden gefallener Bleistift, der doch wahrlich keine Mimikry treibt.

Diesen ganzen Argumenten wird aber die Krone aufgesetzt dadurch, dass diese wunderbare Zweig- und Blatt-Mimikry auf Erden schon zu Zeiten existierte, als es noch gar keine Zweige und Blätter gab. Aus den Untersuchungen des Professors Entz über diesen Gegenstand lässt sich ersehen, dass einer der ältesten bekannten Tierreste die Blatt-Mimikry zeigt, die der Urschwabenkäfer im mittleren Silur mit seinen Flügeln vollbrachte. Damals gab es weder Blattpflanzen, die man nachahmen konnte, noch Vögel, vor denen man sich zu schützen brauchte, und trotzdem gab es pflanzenähnliche Mimikry.

Auf Grund dieser Forschungsergebnisse muss man allerdings den Wert der Mimikry als Schutzmittel bezweifeln.

SPD. Ein sonderbares Rundfunkgerät. Bei einem Gerätewettbewerb in dem westaustralischen Orte Perth erhielt ein höchst origineller Apparat den ersten Preis, der mit dem sonderbaren Namen "Bierodyn" eingereicht war. Eine gewöhnliche Bierflasche war gleichzeitig als Frontplatte, Grundplatte und Spulenhalter benutzt worden. Mit diesem Empfänger und einem Paar Kopfhörern konnte man den Ortsender aussergewöhnlich gut empfangen.

Prinz Auwi.

Prinz August Wilhelm, unter dem Namen
"Auwi" bekannt ist aus dem, wie er sagt,
"zu schlappen" Stahlhelm ausgetreten und hat
sich der Hitlerpartei angeschlossen.

Heil! Nun wird Deutschland auferstehen.
Das dritte Reich hat seinen König –
Man kann ihn jetzt bei Hitler sehn,
Der dienert treu und untertänig! –

Herr "Auwi" macht den Laden flott.
Er war ja stets ein strammer Junge
Und schlug die Gegner zu Kompott
Allein mit seiner Prinzenlunge! –

Zur Zeit verzehrt er die Pension
Und schmettert schneiderfüllte Reden,
Putzt täglich den Reservethron
Und lässt die Kerls Parade treten –!

Der "Stahlhelm" war ihm viel zu zahm.
Uns kann nur Adolf Hitler retten.
Der pfeift auf jede falsche Scham
Und rasselt mit den Youngplan=Ketten! –

Der Hohenzoller zieht voran –
Das wird ein feiner Zauber werden.
Prinz "Auwi" und der "Arbeitsmann"
Mit Hitlerheil als Kampfgefährten! –

Kuka.

SPD. Ausstellung von Schillerbriefen. Das Museum der Preussischen Staats=theater in Berlin veranstaltet anlässlich des 125. Todestages Schillers eine Ausstellung der in seinem Besitze befindlichen Briefe Schillers an den Hoftheaterintendanten Iffland, die das Schaffen des Dichters vom "Wallenstein" bis zum "Wilhelm Tell" und zur Arbeit am "Demetrius" und die Aufführungen seiner Werke in Berlin begleiten. Ergänzt wird die Ausstellung durch Konzepte zu Iffland Antwortbriefen, ferner durch einige Briefe von Schillers Witwe und sonstige Dokumente, die sich auf die Berliner Totenfeier bei der einjährigen Wiederkehr von Schillers Todestag beziehen. Diese Briefe Schillers enthalten eine sehr interessante Bereicherung unsrer Kenntnis von Schillers dramatischem Schaffen, seiner dramaturgischen und bühnentechnischen Erwägungen, seiner Besetzungswünsche u.a.m. So streicht er einmal 400 Verse aus dem "Wallenstein", um die normale Dauer eines Theaterabends nicht wesentlich zu überschreiten. Reizvoll ist es auch, Ifflands Einwand zu lesen, er trage Bedenken gegen die Aufführung von "Wallensteins Lager", weil die darin enthaltene Kritik am Heereswesen "so treffend und in so hinreissender Sprache" ausgedrückt sei, dass man nicht wagen dürfe, sie einem "militärischen König" vorzutragen. – Auch sonst enthält das Museum neben Bildern und Bühnenmodellen von Aufführungen Schillerscher Werke manches bedeutsame Stück, darunter die Handschrift der Prosafassung des "Don Carlos."